

ROTE ANNELIESE

Seit 1973

Die kritische Stimme des Oberwallis



Heuschrecke Arxada: Schiedsgericht muss für Arbeitsvertrag sorgen › Seite 14-15



3x gelber Filz: Apollo, Gletsch und Vatikan kosten uns Millionen › Seite 22-24



Marie Métrailler: Elisabeth Joris über die Feministin aus Evolène › Seite 26-29

Diese **Atom-Rösti** wollen wir nicht



Bild: RA-Fotomontage

Rösti wird neuer Bundesrat. Wahrscheinlich. Wird Rösti in diesem Fall der Nachfolger von Sommaruga? Höchstwahrscheinlich. Rösti will neue Atomkraftwerke bauen lassen. Genau wie der oberste Landschaftsschützer der Schweiz, Kurt Fluri. Es wird spannend. Auch dank Atom-Annalisa. › Seite 3

Brig braucht **bezahlbare Wohnungen**

Das bisherige Projekt Bahnhof West ist tot. Es braucht einen neuen Anlauf. Mit viel günstigem Wohnraum. Wir zeigen auf, wie das gehen kann und muss. Und das reiche Brig trotzdem noch reicher werden kann. › Seite 18-21



RA-Visualisation | Drohne-Aufnahme: levni.studio

AUSGABE
November 2022, RA 261/262

AUFLAGE
1'400 Exemplare

VERLAG & REDAKTION
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis

VERANTWORTLICHER
Reinhard Jossen

ERSCHEINUNGSWEISE
Die Zeitschrift erscheint
4x pro Jahr

ABONNEMENT
Mitteilungsblatt für die Mitglieder,
Spender und Gönner des Vereins
Rote Anneliese

INTERNET
www.roteanneliese.ch

FACEBOOK
facebook.com/rote.anneliese

KONTAKT
Zu erreichen unter E-Mail:
rote.anneliese@rhone.ch

MITWIRKENDE
Peter Bodenmann, Roland Erpen,
Elisabeth Joris, Beat Jost, Odilo
Noti, Doris Schmidhalter-Näfen,
Peter Volken, Renata Werlen

LAYOUT
Martina Studer

KARIKATUR
Felix Grundhöfer (Dicke Eier)

ADMINISTRATION
Roland Erpen

DRUCK
Digitaldruck

**Wo Rauch ist,
da ist auch Feuer!**

**Haben Sie etwas gehört
oder gesehen? Melden Sie
sich bei uns:**



rote.anneliese@rhone.ch
Informationen werden vertraulich behandelt

Inhalt

energiestrategie
Es geht um 25 Milliarden kWh Winterstrom, die Chancen fürs Wallis und die Verhinderung von Atomkraftwerken **3-8**

leserbriefe
Solarenergie: Vom Zoff unter Genossen bis zum liberalen Bündner Freisinnigen **9**

stromnetz
Strom-Neat von Bickigen bis Pallanzeno statt teures Lotternetz **10-13**

lonzachemie
Ein Schiedsgericht muss die Heuschrecke zur Vernunft bringen **14-15**

sonderseite
Favre liess aufräumen, doch seine Dienststelle pfuscht weiter **16-17**

wohnbau
Brig braucht bezahlbare Wohnungen in Plus-Energie Bauten **18-21**

kritischpolitisch
In Glis, Gletsch und im Vatikan werden Millionen verloch **22-24**

kritischpolitisch
Was genau führt VBS-Chefin Viola Amherd auf dem Simplon im Schild? **25**

wirklichgeschichtlich
Elisabeth Joris über die Feministin in Walliser Tracht **26-29**

dickeier
Zu teure SBB, Falschrechner Darbellay, «Staatsmann» Infantino, Horu ohne Schnee und Gletscher ... **30-32**

klipptipp
Paul Schmidhalter, Franz Ruppen, Martin Hutter, Goddard und die Grand Dixence **33**

männerstüblis
Über Casal, ENBAG-Sofamillionäre, Pädophile und arme Schweine **34-35**

letzteseite
Turtmäner Metzgete Graber gegen Grichting **36**

Es geht um 25 Milliarden kWh Winterstrom

Schweiz | Das Winterloch stopfen. Genügend Strom für Elektroautos produzieren. Die bestehenden Atomkraftwerke abstellen. Alles im eigenen Land. **RA**

Die Schweiz hat immer zu viel Sommerstrom – heute, morgen und übermorgen. Was uns fehlt, sind 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom. Der Bau neuer Staumauern bringt bestenfalls 2 Milliarden. Mit Ausnahme des Gornerli oberhalb von Zermatt rechnet sich keines der Werke des runden Tisches.

Vereinfacht stehen drei Lösungen im Raum: Erstens die prioritäre Realisierung von Aufdachanlagen in den Nebelbänken des Mittellandes. Zweitens der Bau von vier neuen Atomreaktoren der Generation Hinkley Point (Somerset im Südwesten von England). Drittens bifaziale Freiflächenanlagen in den Alpen. Und dies auf einem Prozent der Fläche des Alpenraumes.

Umweltfreundlich geht anders

Die Atomlobby hat in der Person der ETH-Professorin Annalisa Manera neu einen hellen Kopf. **Ihre Argumente:** Atomkraftwerke der dritten Generation sind hundertmal sicherer als die heutigen Schweizer Rostlauben. Vier neue Atommeiler mit je 1'600 MW Leistung produzieren die 25 Milliarden Winterstrom. Brennstäbe halten fünf Jahre. Der Bau kommt – auch wenn man die Kosten von Hinkley Point zugrunde legt – auf nur 60 Milliarden Franken zu stehen. Im Betrieb kommen 20 Milliarden dazu. Diese Investition von 80 Milliarden Kilowattstunden könne und müsse, so Manera, der Staat stemmen. Logo, denn Private werden sicher nicht in diese nachweislich unsichere und pannenanfällige Technologie investieren.

Wer 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom mit Aufdachanlagen im Schweizer Mittelland produzieren will, muss mindestens 150 Milliarden Franken investieren. Und die Produktion der 125 Millionen

Solarzellen ist mit einem sehr hohen Ressourcenverbrauch an Energie und Metallen verbunden. Umweltfreundlich geht anders.

Valable Alternative in den Alpen

Die einzige valable Alternative ist Strom aus alpinen Freiflächenanlagen. Diese können mit viermal weniger Solarpanels und mit achtmal weniger Facharbeiterstunden die 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom liefern. Somit weit günstiger auch als die Atomenergie mit all ihren Nachteilen.

Wir haben für die Leserinnen und Leser der Roten Anneliese die Kosten der drei im Raum stehenden Lösungen berechnet. Und zwar inklusive notwendiger Strom-Neat und zusätzlicher Speicherung von Strom in den Alpen. Und auch inklusive der Betriebskosten.

Es braucht einen zweiten dringlichen Bundesbeschluss

Die Grünen haben vor 30 Jahren den EWR versenkt. Mit abstrusen Behauptungen über die umweltfeindliche EU. Inzwischen hat uns die EU bei der Produktion von neu-



Die drei Lösungen zur Behebung des Stromlochs im Winter – ein Vergleich



Annalisa Manera, Professorin für Nuclear Engineering an der ETH Zürich: Diese Frau wird den Freunden der Nebelbank-Solarenergie in den nächsten Monaten die Hölle heiss machen.



en, erneuerbaren Energien überholt. Heute droht uns die Wiederholung dieser himmeltraurigen Geschichte. Wenn es keine Lösung gibt, werden die Grünen der Atomkraft zum Durchbruch verhelfen.

Unser Vorschlag: Alle Einspracherechte bleiben gewahrt. Innert einem Jahr muss entschieden werden, ob man eine Solaranlage bauen darf oder nicht. Ein entsprechender zweiter dringlicher Bundesbeschluss ist dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Die Irrtümer unserer Atom-Annalisa

Irrtum 1: Die Sonne scheint immer. Das hat inzwischen selbst der deutsche Finanzminister Christian Lindner bemerkt. Dunkelflauten sind für die Schweiz kein Problem. Warum? Wir haben erstens 9 Milliarden Kilowattstunden Speicherkapazität in unseren heutigen Stauseen. Und

mit Linth-Limmern sowie Nant de Drance die zwei besten Pumpspeicherkraftwerke Europas.

Irrtum 2: Mit Ausnahme der Strom-Neat von Bickigen nach Oberitalien muss das Schweizer Stromnetz nicht massiv ausgebaut werden. Warum? Weil man den Tag- und Nachtausgleich mit Batterien vor Ort sicherstellen kann. Um so die Einspeisung ins Netz zu glätten.

Irrtum 3: In Frankreich war in diesem Sommer mehr als die Hälfte der Leistung aller Atomkraftwerke nicht am Netz. Wie viele in den Monaten Januar, Februar und März 2023 laufen werden, ist offen. Atomkraftwerke sind so unzuverlässig wie einst die britischen Mini-Cooper. Deshalb verschwanden sie vom Markt.

Irrtum 4: Die eigenen Atomkraftwerke sind die schmutzigen Atombomben des Gegners im eigenen Land. Da hilft kein Verdrängen.

Positionen überdenken

Kein Irrtum: Die Herstellung von Solarzellen verbraucht viel Energie und Ressourcen. Wer auf alpine Freiflächen setzt, spart nicht nur Kosten, sondern verbraucht auch viermal weniger Energie und Ressourcen als unsere Nebelbank-Befürworter.

Kein Irrtum: Wenn wir nicht falsch liegen, wird der Kandersteger Atom-Rösti Bundesrat und Nachfolger von Simonetta Sommaruga. Er ist für den Bau von neuen Atomkraftwerken. Das wird alle Freundinnen und Freunde der Solarenergie zwingen, ihre Positionen zu überdenken.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Unsere Drei-Säulen-Strategie!

Die Rote Anneliese – und niemand sonst – lancierte im Februar dieses Jahres das Projekt «Make Grenchols great again», das heutige Grenchols-Solar.

Ohne Wladimir Putin, ohne Armin Zeiter, ohne Beat Rieder und Ruedi Noser, ohne die Initianten der Gletscher-Initiative hätte sich nichts bewegt. Wir waren im richtigen Moment am richtigen Ort. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das neue Bundesgesetz ist kein Notrecht. Die Gegner hätten das Referendum ergreifen können. – Es geht darum, 2'000 Millionen Kilowattstunden alpinen Solarstrom schnell ins Netz zu bringen. Und es geht um die Verpflichtung, auf die Dächer von Neubauten Solarpanels zu schrauben. Wenn die Landschaftsschützer sich querlegen, geschieht vor Ende 2025 in Grenchols gar nichts.

Wir müssen drei Dinge lösen: Erstens das Winterstromloch stopfen. Zweitens genügend Strom für Elektroautos und Wärmepumpen produzieren. Und drittens schliesslich die Atomkraftwerke abstellen.

Wir entwerfen in dieser Roten Anneliese eine Drei-Säulen-Strategie, damit wir 2032 und nicht erst 2050 klimaneutral sind. Die Alpenkantone – unter ihnen nicht zuletzt das Wallis – können ökologisch und ökonomisch zu den Treibern des Fortschritts werden.

Säule 1: Wir brauchen eine unterirdische Hochspannungsleitung, die Bickigen mit Italien verbindet. Und das Oberwallis dort, wo die Menschen leben, stromsparend entlastet. Wir konkretisieren das Projekt, das wir in der letzten Nummer lanciert haben.

Säule 2: Wenn wir uns nicht täuschen, gehört die Zukunft umweltfreundlichen Hochtemperaturspeichern. Mit diesen können wir – so alles klappt – aus Sommerstrom Winterstrom herstellen. Und damit die notwendigen Freiflächen auf dem Weg zur atomfreien Schweiz halbieren.

Säule 3: Wir können allein im Oberwallis 6 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom produzieren. Wichtig ist, dass wir uns nicht noch einmal, wie bei der Wasserkraft oder letzthin bei den Wasserzinsen, zum Nulltarif über den Tisch ziehen lassen. ■

Die explodierenden Strompreise brennen den Oberwalliser Haushalte und Unternehmen unter den Fingernägeln. Anstatt den Widerstand im Alpenraum zu organisieren, dirigiert und befeuert unser Leuker Operettenkönig den Raubzug der ausserkantonalen Kriegsgewinnler auf unsere Kosten. Und die Gelben klatschen Beifall. Früher hätte das Volk die Matze ergriffen.



Bild: RA-Fotomontage

Ein energiepolitischer Versager

Warum in aller Welt haut uns Roberto Schmidt in die Pfanne?

Ein Blick über die Grenzen lohnt sich. Fast immer. In Deutschland wird man die Kriegsgewinne der Stromproduzenten abschöpfen. Zu 90 Prozent. Und mit diesen Einnahmen die Stromrechnungen der Haushalte und Unternehmen senken.

Die staatlichen Schweizer Energiebarone, die den Mittellandkantonen gehören, produzieren im Ausland – vorab in Deutschland – 10 Milliarden Kilowattstunden Strom. Ihre Gewinne werden abgeschöpft.

Ein vergleichbares System brauchen wir auch in der Schweiz und für das Oberwallis. Natürlich wäre es einfacher, wenn man in der Schweiz dem Preisüberwacher mehr Kompetenzen geben würde. Dann müsste man in Saas-Almagell 2023 nicht doppelt so viel für den Strom bezahlen wie 2022. Ausgerechnet in jenem Saas-Almagell, auf dessen Boden sich der Mattmarkstausee und das Pumpspeicherwerk Zermatt befinden.

Energieminister – nur auf dem Papier

Auf dem Papier ist Roberto Schmidt unser Energieminister. Leider nur auf dem Papier. Denn Schmidt ist gegen die Abschöpfung der Kriegsgewinne. Welcher Teufel hat ihn da geritten? Wird er seine Position revidieren? Vermutlich nicht, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen. Die Walliser Regierung und die Walliser Parlamentarier liessen sich bei den Wasserzinsen ein erstes Mal zum Nulltarif über den Tisch ziehen. Die Wasserzinsen sind bis 2030 nominal eingefroren. Wegen der Inflation jedoch sinken sie jedes Jahr real, weil nicht einmal eine Indexklausel vorgegeben wurde. Michael Graber klopfte sich stolz auf seine Brust. Und die

Oberwalliser Medien feierten diese Schmierkomödie als Grosserfolg. Neu betätigt sich Michael Graber als Wasserträger der Atomenergie. Die Brennstäbe kommen nicht aus Gondo, sondern von Putin. Passt ja auch irgendwie zu den Putin-Freunden aus der SVP.

Vorsichtig geschätzt werden Alpiq, Axpo, BKW und Co. bis 2025 mit dem Walliser Strom mindestens 2 Milliarden Franken Kriegsgewinne erwirtschaften. Sie können diese Gewinne steuerfrei in die Mittellandkanton transferieren. Dies, weil ihre Partnerwerke im Wallis

wenig bis keine Steuern bezahlen. Eine Ausnahme bildet die EES mit ihren Kraftwerken auf der Alpensüdseite. Escher Rolf wollte im Interesse der damals rein parastaatlichen Alpiq die Gemeinden Gondo und Simplon-Dorf über den Tisch ziehen. Dies haben, ohne dass je korrekt darüber berichtet worden wäre, drei aktivistische Kleinaktionäre verhindert.

Ist er lernfähig?

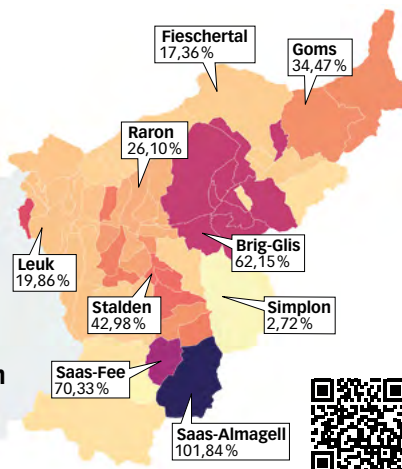
Die SVP mit Oskar Freysinger ist als Opposition gestartet. Viele Oppositionelle hofften, dass sich da etwas bewegt. Inzwischen fristet die SVP ihre Existenz als CVP-Bettvorleger. Oskar Freysinger ist neu der harmloseste Regierungssprecher, den das Wallis je hatte. Freysinger verteidigt Schmidt und seinen Raubzug auf Kosten der Walliser Haushalte und Unternehmen.

Roberto Schmidt ist kein Dossier-Mensch. Komplizierte Fakten sind dem Leuker Menschenfreund letztlich ein Graus. Er liebt den Konsens ohne vorgängigen Konflikt. Ist er trotzdem lernfähig? Niemand sollte das ausschliessen. ■

Ischi Energie ist die Energie der Kriegsgewinnler aus der Ausserschweiz



Dies sind die Preise pro Kilowattstunde für die Oberwalliser Haushalte, die 4'500 Kilowattstunden im Jahr verbrauchen. Für das Jahr 2023. Die Preise werden 2024 und 2025 weiter explodieren, wenn es nicht zu einer Strompreisbremse nach deutschem Vorbild kommt.



Grafik: Rote Anneliese | Quelle: Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom | Erstellt mit Datawrapper



Lamentabler TV-Auftritt
Für alle, die den lamentablen Auftritt von Roberto Schmidt am 14. November auf Kanal 9 verpasst haben.



Bild: RA-Fotomontage

Schneller solarer Umbau

Verbockt Roberto Schmidt auch diese Chance?

Sitten | Roberto Schmidt ist der grösste solare Standortnachteil des Wallis. Er schwindelt uns permanent an. Mit einer Interpellation klopfte ihm jetzt Doris Schmidhalter-Näfen auf die Finger. Wie wird er antworten? Hoffentlich nicht mit immer neuen Ausreden. – Die Rote Anneliese dokumentiert die Interpellation im Wortlaut.*

RA

* Titel und erläuternde Illustrationen wurden von der RA erstellt.

Diese Interpellation ist vom Thema her dringlich. Sie wirft viele Fragen auf, deren Antworten der Staatsrat längst kennen müsste.

Noch am 9. November 2022 nahm Roberto Schmidt Stellung gegen diese sinnvolle Massnahme. Unverständlicherweise.

Folgende Fragen stellen sich:

- Wie hoch sind die Zufallsgewinne, die im Jahre 2023 im Wallis von ausserkantonalen Gesellschaften

erzielt werden? Entsprechen diese der Schätzung von 300 Millionen Franken?

- Fliesen diese 300 Millionen Franken – wegen der Partnerbesteuerung – steuerfrei in die Zentren der Schweiz, die ihrerseits Eigentümer unserer Kraftwerke sind?
- Werden wir im Jahr 2025 ohne

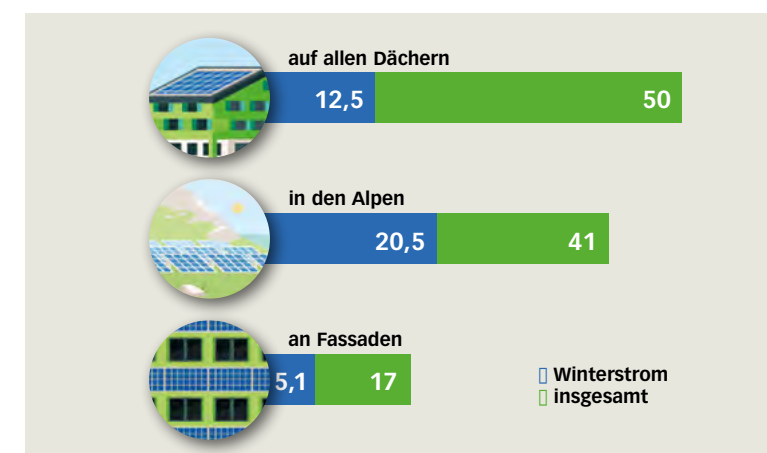
Wahrscheinlich ist dies nicht der Fall. Innerhalb dieser Sessionswoche im November 2022 ist dieser Rückstand auf die Marschtabelle leider nicht aufzuholen. Von daher muss sich das Büro des Grossen Rates die Frage stellen, ob es nicht eine ausserordentliche Session braucht, sobald die Projekte Grengiols Solar und Gondo Solar konkreter sind. Dies dürfte Ende Jahr soweit sein.

Elcom-Präsident fordert Abschöpfung der Kriegsgewinne

Der Präsident der Elektrizitätsmarktmission Elcom, der frühere BDP-Ständerat Werner Luginbühl, geht davon aus, dass die Schweiz – genau wie Deutschland – die Kriegsgewinne von Axpo, Alpiq und Co. abschöpfen muss um mit diesen Einnahmen die Haushalte und Unternehmen angesichts der explodierenden Gewinne zu entlasten.

Das Potenzial von Photovoltaik-Anlagen in der Schweiz

(Angaben in Terawattstunden pro Jahr)



Quelle: BfH, 13.10.22

Bezogen auf den Winterstrom – und nur auf diesen kommt es an –, ergeben sich daraus folgende Potenziale in Kilowattstunden: auf allen Dächern 12,5 Milliarden; in den Alpen 20,5 Milliarden; an Fassaden 5,1 Milliarden.



Foto: zvg

Doris Schmidhalter-Näfen:
SP Grossrätin.

Massnahmen im Wallis einen Kaufkraftverlust von 1 Milliarde Franken erleiden?
• Ist die unhaltbare Position von Roberto Schmidt die Position des Walliser Staatsrates?

Solarzellen in den Alpen sind viermal wirksamer

Das Unternehmen Energie 360° geht in der Schweiz von beeindruckenden realisierbaren relevanten Photovoltaik Potenzialen aus.

Heruntergebrochen auf den Winterstrom – und nur darauf kommt es an –, ergibt das folgende Potenziale in Kilowattstunden:

- Dächer 12,5 Milliarden KWh
- Alpen 20,5 Milliarden KWh
- Fassaden 5,1 Milliarden KWh

Teilt der Staatsrat tendenziell diese Quantifizierung der Potenziale? Wenn ja, würde das bedeuten, dass das Wallis mit der Sonne gleich viel Strom wie mit dem Wasser produzieren kann. Und davon die Hälfte im Winter.

Dies würde bedeuten: Investitionen von 7 Milliarden Franken. Solarzinsen von 120 Millionen Franken pro Jahr. 300 Kilowattstunden Gratisenergie.

Wie kommt der zuständige Staatsrat zur Aussage, es gehe hier nicht um Milliarden und Millionen? Hat er die Grössenordnung nach wie vor nicht im Griff?

Die Produktion von Solarzellen braucht Energie und Ressourcen. Eine Solarzelle in Grenchols produziert viermal mehr Winterstrom als die gleiche Solarzelle in den Nebelbänken des Mittellandes. Alpine Solarenergie reduziert den Ressourcenverbrauch um den Faktor 4.

Ist der Staatsrat bereit, zu fordern, dass in Zukunft technologie-neutral Anlagen nur aufgrund des von ihnen produzierten Winterstroms subventioniert werden?

Roberto Schmidt verheddert sich in Widersprüchen

Der Staat ist Mehrheitsaktionär der FMV. Im Verwaltungsrat sitzt Roberto Schmidt als Vertreter des Mehr-

heitsaktionärs. Roberto Schmidt hat zusammen mit den Herren Raoul Albrecht, Gilbert Schnyder und Armin Zeiter vor Wochen die Marschrichtung festgelegt.

Das Wallis will die Mehrheit an grossen Solaranlagen. Ende Oktober 2022 besuchte der Verwaltungsrat der FMV – laut unseren Informationen – das Dorf Grenchols. Roberto Schmidt behauptet, der Verwaltungsrat der FMV habe sich noch gar nie mit dem Dossier beschäftigt, und in Sitten habe man keine Unterlagen.

Wie erklären sich diese Widersprüche?

Professoren liefern nichts Brauchbares ...

Der Walliser Universitätshimmel ist voller Energiespezialisten. Leider haben sie bisher noch nicht viel Brauchbares auf die Reihe bekommen.

Vor sechs Wochen erklärte der zuständige Professor Philippe Jacquod, es gebe beim Abtransport des Stroms ab Grenchols kein Pro-



Roberto Schmidt kauft in der neuen Dorfsennerei von Grenchols einen halben Raclette-Käse. Gleichzeitig behauptet er, der Verwaltungsrat der FMV habe sich noch gar nie mit dem Dossier «Grenchols Solar» beschäftigt. Und in Sitten habe man keine Unterlagen. Wie ist dieser augenscheinliche Widerspruch zu erklären?

blem. Wahr ist: Das jetzige Netz im Wallis hat mittelfristig zu wenig Kapazität. Die vorhandenen Netze reichen aber bis Ende 2025 unter zwei Bedingungen:

- Vispertal Solar verwertet die Energie in der Region. Dank und mit der Lonza. Dank dem Mattmark-Stausee und einer Sandbatterie.
- Die Tagesspitzen von Grenchols Solar werden mit Batterien vor Ort geglättet. Damit kann man Grenchols bereits im ersten Schritt mehr als 1 Milliarde Kilowattstunden produzieren und abtransportieren.

Teilt der Staatsrat diese Einschätzung? Und wenn nein, warum nicht?

... und Swissgrid fehlt eine tragfähige Strategie

Swissgrid hat keine tragfähige Strategie. Deshalb wird die Leistung der Gemmi-Leitung mittels Notrecht erhöht. Das Risiko besteht, dass das Wallis – wie bei der Leitung zwischen Chamoson und Chippis, wie bei der Hochspannungsleitung zwischen Mörel und dem Nufenen – über den Tisch gezogen wird.

Teilt der Staatsrat folgende Einsichten und Positionen?

- Die verschiedenen Varianten in Sachen Grimseltunnel belegen, dass man heute für 10 bis 15 Milli-

onen Franken Mikrotunnels bauen kann, um in diese leistungsfähige und verlustarme Gleichstromleitungen zu verlegen.

- Das Wallis, die Schweiz und Europa brauchen eine neue unterirdische Strom-NEAT, die Bickigen über Chippis mit dem Ackersand, mit Mörel und Pallanzeno verbindet. Dies absehbar mit einer Kapazität von 4'000 Megawatt.
- Der Bau einer solchen neuen Infrastruktur rechnet sich. Erstens wird die Strecke zwischen Bickigen und Pallanzeno dank Mikrotunnels kürzer. Und zweitens sind die Verluste pro Kilometer viel kleiner, was sich wegen der höheren Strompreise rechnet.
- Ein weiteres dringliches Bundesgesetz müsste es Swissgrid erlauben, dieses mittelfristig notwendige Rückgrat der Stromversorgung zügig zu bauen.

Eine entsprechende Studie wird noch im November 2022 bei den europäisch führenden Professoren Jarras und Brockelmann in Auftrag gegeben.

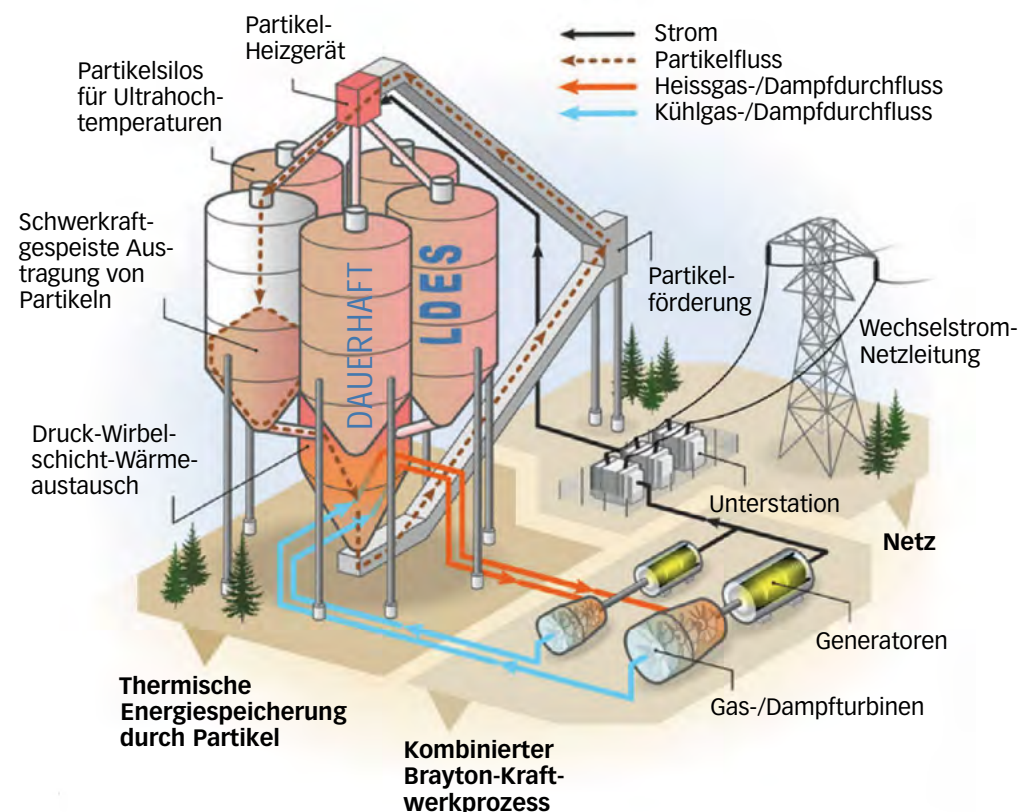
Frage: Ist der Staatsrat bereit und interessiert, sich zumindest inhaltlich zu beteiligen?

Anti-Wallis-Position in Sitten

In der letzten Session kam mein Postulat in Sachen Solarenergie >



Speicherung thermischer Energie



grafik: nrel.gov

In einem System zur Speicherung thermischer Energie werden Siliziumdioxid-Partikel mittels Schwerkraft durch elektrische Widerstandsheizelemente geleitet. Die erhitzten Partikel lagern in isolierten Betonsilos. Wenn Energie benötigt wird, werden die Partikel durch einen Wärmeaustauscher geleitet, um Strom für das Netz zu erzeugen. Das System entlädt sich in Zeiten hohen Strombedarfs und lädt sich wieder auf, wenn der Strom billiger wird.

> zur Abstimmung. Die wesentlichen Elemente waren:

1. Pro produzierte Kilowattstunde muss ein indexierter Solarzins von 1,2 Rappen bezahlt werden.
2. Die Standortgemeinden haben Anspruch auf drei Prozent Gratisenergie.
3. Der Sitz der Gesellschaft muss sich in den Standortgemeinden befinden. Diese müssen als normale Aktiengesellschaften besteuert werden und nicht als Partnerwerke. So wie dies heute bei der ESS – und leider nur bei der EES, beim Wasserkraftwerk in Gondo/Simplon – der Fall ist.

4. Die Anlagen müssen nach 25 Jahren an das Gemeinwesen zurückfallen.

Der Staatsrat hat diesen meinen Vorstoss erfolgreich bekämpft. Auch dank der Hilfe der Grünen übrigens.

Frage: Vertritt der Staatsrat noch immer diese Anti-Wallis-Position?

Will der Staatsrat innovative Lösungen unterstützen?

Beim in Bern verabschiedeten dringlichen Bundesgesetz wurde übersehen, dass Landschaftsschutzorganisationen und Private nach wie vor verhindern können,

dass vor Ende 2025 auch nur eine Kilowattstunde alpiner Freiflächen-Strom ins Netz fliessen kann.

Kein Investor wird – wie dies Aron Pfammatter vorschlägt – auf eigenes Risiko vorzeitig mit dem Bau von Anlagen beginnen. Denn das Kapital ist ein scheues Reh.

Wird in Bern eine Beschleunigung der Verfahren, unter voller Wahrung der Rechte der Landschaftsschutzorganisationen, beschlossen? Vielleicht und vielleicht auch nicht.

Um was geht es in einem ersten Schritt? Im Alpenraum kann

Speichern ist das grosse Thema

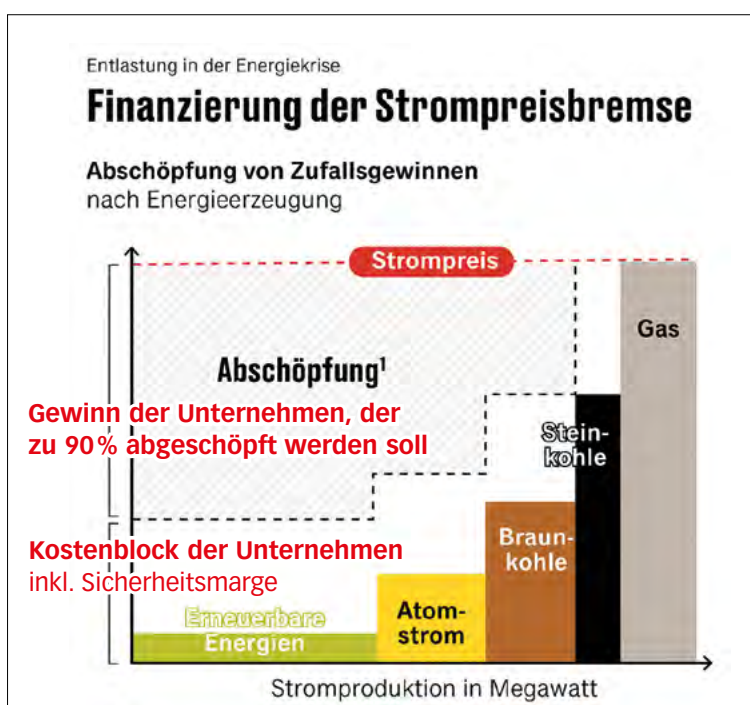
Wir haben zu viel Strom im Sommer. Und zu wenig Strom im Winter. Eigentlich würden wir saisonale Speicher benötigen. Und so den Sommerstrom in den Winter transferieren. Allzu teure neue Staumauern bringen es nicht. Batterien können es ebenfalls nicht bringen. Der Umweg über den Wasserstoff und synthetische Treibstoffe ist nicht effizient und deshalb schweinetuer.

Auf der ganzen Welt wird an neuen Speichertechnologien geforscht. Die deutsche Agentur für Sprunginnovationen hat einen Wettbewerb ausgeschrieben. An den Universitäten von Stuttgart und Graz wird geforscht. In Finnland wird in diesem Winter der erste mit Sand funktionierende Hochtemperaturspeicher in Betrieb gehen. Wir werden absehbar im Frühling in das NATO-Land reisen, um zu lernen.

Strom speichern – drei Anforderungen

Im Februar dieses Jahres konnte noch kein Walliser Staatsrat den >

Abschöpfung der Kriegsgewinne – billigerer Strom für die Verbraucher



Quelle: Deutsches Handelsblatt (21.01.2022) | Quelle: Bundeswirtschaftsministerium

Die deutsche Regierung schöpft die Kriegsgewinne der Energiekonzerne zu 90 Prozent ab. Wer höhere Gewinne erzielt, liefert mehr ab. Die Gelder werden zur Finanzierung der Strompreisbremse eingesetzt. Die Verbraucher sollen – wegen der Preisexplosionen – günstigeren Strom erhalten. Um falsche Anreize zu vermeiden, orientiert sich die Vergünstigung am bisherigen Verbrauch.



NREL
NATIONAL RENEWABLE ENERGY LABORATORY

Das **National Renewable Energy Laboratory (NREL)** ist auf die thermische Energiespeicherung in Solarkraftwerken spezialisiert:

- frühe Förderung des superkritischen Kohlendioxid-Brayton-Stromkreislaufs;
- SunShot-Projekte, bei denen Partikel als Wärmeübertragungsflüssigkeit und Speichermedium verwendet werden.

› Begriff «alpine bifaziale Freiflächenanlagen» verstehen oder gar buchstabieren. Jetzt werden in Grenchols und im Vispental bereits die ersten Testanlagen aufgestellt. Um zu bestätigen, was seit den Tests von Professor Dr. Jürg Rohner seit vier Jahren klar ist: Die gleiche Kuh gibt auf über 2'000 Meter über Meer viermal mehr Milch, das gleiche Solarpanel viermal mehr Strom.

Bei der Speicherung von Strom gilt es drei Anforderungen zu unterscheiden.

- Die Sonne scheint nur während des Tages und nicht während der Nacht. Stromspeicher müssen den Tag- und Nachtausgleich sicherstellen.
- Es kann auch einmal während zwei bis drei Wochen zu viele Wolken am Himmel haben. Wenn parallel dazu der Wind in Europa auch noch eine Sendepause einlegt, kann es zu sogenannten Dunkelflauten kommen. Wer diese mit der Entnahme von Energie aus Speichern zu überwinden vermag, hat einen gewaltigen Standortvorteil.
- Noch wichtiger sind saisonale Speicher, noch wichtiger sind also unsere Stauseen, in denen wir neun Milliarden Kilowattstunden Sommerstrom speichern können, um diese im Winter zu turbinieren.

Im Idealfall löst ein Speicher alle drei Aufgaben, und dies erst noch umweltfreundlich.

Die eierlegende Wollmilchsau

Wir haben den Eindruck, dass die amerikanischen Forscher des «National Renewable Energy Laboratory» (NREL) ein wegweisendes Konzept entwickelt haben:

- Eisenbahnschotter wird mit Sommerstrom auf 1'200 Grad erhitzt. Pro Kubikmeter kann man so 1'500 Kilowattstunden Strom in Form von Hochtemperatur-Wärme speichern.
- In verlustarmen Speichern – je grösser sie sind, desto weniger Verluste gibt es – kann man die Hochtemperaturwärme in den Winter retten.
- Im Winter produziert man mit den immer noch 1'185 Grad heissen «Rolling Stones» Strom und vielleicht auch Heizwärme.

Nicht etwas völlig Neues unter der Sonne. In den Wüsten kennt



So sieht die erste **finnische Sandbatterie** aus. Sie soll die Wärme des vergangenen Sommers in den kommenden Winter transferieren. – Ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung.



General Electric Global Research (GE-GRC) will die Integration des Energiesystems vorantreiben:

- weltweit führend in der Ausrüstung von Energiesystemen und Dienstleistungen;
- Rekordwirkungsgrad bei der Energieumwandlung in Gasturbinen-Kombikraftwerken.

man bereits bei Parabolspiegel-Kraftwerken Salzspeicher, mit denen man während der Nacht Strom produziert.

Notwendige Fläche noch einmal halbieren

Wenn man den Sommerstrom dank grossen Schotterspeichern in den Winter transferieren kann, ergibt dies massive Vorteile:

- Wegen der hohen Energiedichte von 1'600 Kilowattstunden pro Kubikmeter braucht es – mit Vorteil in den Alpen, etwa in Mörel und im Ackersand – gesamthaft nur gut zehn Millionen Kubikmeter Speicher. Dies entspricht vier Cheops-Pyramiden, die bekanntlich ohne Baumaschinen erstellt worden sind.
- Dieses Volumen von zehn Millionen Kubikmetern kann man auch ganz oder teilweise in den Fels sprengen.

- Sand und Schottersteine sind keine seltenen Erden. Das ganze System braucht weder Kupfer noch Kobalt oder Lithium.
- Die installierten Turbinen müssten über eine Leistung von 4'000 MW verfügen. Nicht mehr als alle bereits heute in der Schweiz installierten Notstromaggregate zusammen.
- Falls es einmal notwendig werden sollte, kann sich die Schweiz einerseits autark versorgen. Und andererseits kann sie als gestärkte Stromdrehmaschine mit dem Handel von Strom Geld verdienen, anstatt es wie heute zu verspekulieren.

Professoren – ab in die Stollen

Je länger wir über der Idee der heissen Rolling Stones brüten, desto mehr sind wir überzeugt, dass dies funktionieren könnte und müsste.

Unsere technischen Hochschulen sollen aufgrund der Rankings die Besten Europas sein. Anstatt dass stets bislang unbekannte Professorinnen und Professoren irgendwelche Studien publizieren, müssten sie zwischen Bitsch und Mörel, wo der gute Fels Freude macht, in Tag- und Nacharbeit eine Testanlage aufbauen.

Die im nahen Ebnet lebende Brigitte Wolf könnte mit einem Blick aus dem Fenster feststellen, wie lange am Abend gearbeitet wird. ■

Leser Briefe



Vielleicht setzt sich am Ende der Ansatz von Jürg Rohrer durch ...

Guten Tag Herr Bodenmann,

Einige Politiker überbieten sich im Moment mit (guten und weniger guten) Ideen zum Ausbau der Stromproduktion. In Vergessenheit scheint Energie sparen zu geraten (ausser Aufrufe vom BFE, welche absehbar keine Wirkung zeigen werden). Deshalb habe ich mir überlegt, ob nicht die Gelegenheit günstig wäre, um einen «Deal» der folgenden Art vorzuschlagen:

1. Die VNB (Verteilnetzbetreiber) verpflichten sich, Verbrauchsreduktionsverpflichtungen beim Strom mit weissen Zertifikaten mit z.B. 2% Reduktion pro Jahr analog Vorschlag bei der Energiestrategie 2050 bzw. analog Ausland zuzustimmen. Analoges könnte man beim Gas machen. Dadurch würden die riesigen Einsparpotenziale endlich einmal angepackt.
2. Im Gegenzug verpflichten sich die Umweltverbände, PV-Anlagen im alpinen Raum nicht mit Einsparungen zu blockieren. Man würde eine Sammlung von möglichen Projekten erstellen und die Umweltverbände können bei der Auswahl der kurzfristig zu bewilligenden Projekte mitbestimmen. Grösse der PV-Anlagen siehe nächster Punkt.
3. Die bewilligte Grösse der PV-Anlagen im alpinen Raum richtet sich nach der ab Mitte 2022 zusätzlich auf Gebäuden installierten PV-Produktion. Z.B. pro zusätzliche kWp auf Gebäuden kann 0,5 oder 0,3 kWp im alpinen Raum zugebaut werden. Dadurch könnte man der Angst begegnen, es werde nur noch auf Freiflächen PV zugebaut.

Alle müssten etwas nachgeben, alle würden etwas gewinnen und könnten das Gesicht wahren. Da von Notrecht gesprochen wird (Rieder und Noser), müsste dies doch «irgendwie» realisierbar sein.

Mir ist klar, dass sich die VNB vehement gegen Effizienzverpflichtungen wehren (anscheinend auch Teile vom BFE). Wenn die VNB etwas bekommen (PV auf freien Flächen), sollten sie aber auch etwas geben müssen (Entkopplung ihres Gewinnes vom Stromumsatz). Analoges könnte man natürlich auch von den Gasversorgern verlangen.

Sie haben es geschafft, alpine PV-Anlagen zu einem Hype zu machen. Dann müssten Sie doch auch einen solchen Vorschlag mehrheitsfähig machen können!

Herzliche Grüsse und schönen Sonntag

Jürg Rohrer

Prof. for Ecological Engineering, Head of Research Group for Renewable Energy

Etwas Zoff unter Genossen

Lieber Peter

Musste gerade über Deinen Weltwoche Artikel lachen. – Am liebsten schiesst Du immer auf die eigenen Leute.

Simonetta tut halt, was sie kann. Sie hat jetzt erstmals Freiflächenanlagen und PV-Anlagen auf Bauten ausserhalb der Bauzone für zulässig erklärt, gültig ab 1. Juli 2022, aber – und da hast Du recht – die Verordnung geht zu wenig weit und ist nicht abgestimmt auf den Bedarf und auf die Versorgungssicherheit. Dafür müssen wir das Gesetz ändern.

Dein Schreiben an Herrn Zeiter und an mich in Sachen Grenchols Solar fand ich etwas grob. Dass das ein für allemal klar ist: ich bin bereit, alle von Dir und Herrn Zeiter aufgestellten Forderungen zu erfüllen, inklusive Preisanpassung, und bin zuversichtlich, dass das vom Verwaltungsrat IWB auch so gesehen wird.

Bei der Laufzeit wollen wir uns an die Lebensdauer der Panels halten, und die halten länger als 25-30 Jahre. Da geben chinesische Tier-1 Produzenten heute schon 40 Jahre Garantie. Also halten die Panels wohl gegen 50 Jahre.

Das wird auch Alpiq und FMV nicht anders sehen. 50 Jahre garantierter indexierter Solarzins sind besser als 30 Jahre. Wer kann heute schon sagen, was Solarstrom im Jahre 2052 wert ist?

Ich habe dem Gemeindepräsidenten, Herrn Armin Zeiter, von Anfang an die Bereitschaft signalisiert, die von Dir gesetzten Bedingungen zu erfüllen. Und ich habe ihm vorgeschlagen, diese vertraglichen Details transparent zu machen und vor die Gemeindeversammlung zu bringen. So ist es dann auch für alle nachprüfbar und verbindlich.

Herzliche Grüsse, Ruedi Rechsteiner

«Halte uns in den Alpen nicht für dümmer, als wir sind.» (Peter Bodenmann)

Lieber Ruedi Rechsteiner

Simonetta Sommaruga hat leider nichts bewegt. Sie kann einfachste Zusammenhänge nicht erklären. Ihre Ausführungen zu Nant de Drance spotten jeder Beschreibung. Genauso wie die Tatsache, dass wir international in Sachen neue, erneuerbare Energien dastehen wie die Dorftrötzel Europas.

Wer zuständige Bundesrätin ist, muss etwas bewegen. Die Sozialdemokratie verliert politisch Marktanteile an die Grünen, weil Simonetta Sommaruga und Roger Nordmann immer mit grossem Rückstand auf die Marschtabelle unterwegs sind. Genau wie unsere inkompetente Fraktion in Bern ...

Nun zu Deinen Ausführungen in Sachen Grenchols. Unsere Differenz ist – auch nachdem Du Deine Positionen teilweise korrigiert hast – unüberbrückbar gross.

Heimfall 1: Die Solarmodule werden immer leistungsfähiger. Offenbar kommen bereits nächstes

Jahr bifaziale Solarmodule mit einem Wirkungsgrad von 25 Prozent auf den Markt. Und gleichzeitig nimmt die Lebensdauer vorab der beidseitig verglasten Zellen zu. Frage: Wer soll davon profitieren? Basel oder Grenchols. Wir vertreten da unterschiedliche Interessen.

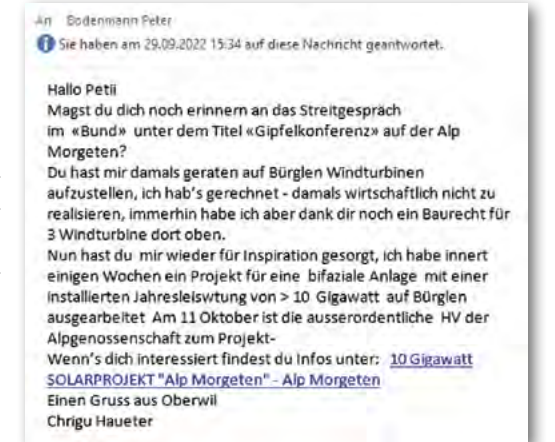
Heimfall 2: Wir erleben zur Zeit das Theater um den Heimfall der Wasserkraft. Die Heimfälle kommen für die jetzige Preisexplosion zu spät. Die FMV und die Verteiler im Kanton stehen schutzlos da. Sie müssen aus meiner Sicht massiv in die Solarenergie investieren und im Winter Strom tauschen können.

Heimfall 3: Wer weiss wie die Strompreise Mitte des Jahrhunderts aussehen? Niemand. Wenn das Solarkraftwerk Grenchols 2048 heimfällt, ist die Position von Grenchols um ein Vielfaches besser, als wenn dies erst 25 Jahre später der Fall ist. Dein Vorschlag entlastet die Investoren – wenn meine Berechnungen stimmen – um 25 Millionen Franken im Jahr. Macht in 50 Jahren 1,25 Milliarden Quersubventionierung aus.

Ich mache nichts kaputt. Die bifazialen Solaranlagen in den Alpen werden sich durchsetzen. Mit den Bebbis oder ohne die Bebbis.

Mein Ratschlag: Halte uns in den Alpen nicht für dümmer, als wir sind.

Inzwischen hat die Genossenschaft Morgen grünes Licht für eine Solaranlage erteilt



Not Carl stoppte in Sachen Wasserzinsen mit seinen Bündler Gemeinden Doris Leuthard und Roberto Schmid. Jetzt steigt der offene Freisinnige in die Solarenergie ein. Freut uns!

Hoi Peter

Dein Wirken und dein Churer Vortrag zeigen nun auch in GR Wirkung: <https://bit.ly/3GIW6aW>

Ich denke, du verstehst das Wesentliche: 34 Hektaren, 80-120 GWh. Die gut besuchte Bürgerversammlung hat gestern Abend EINSTIMMIG einen diesbezüglichen Grundsatzentscheid gefällt ... Wie findet man mögliche Interessenten. Ich mag EKW mit BKW, Axpo, Alpiq & Co nicht gerne alleine in den Verhandlungen ... Und welche Forderungen kann man bez. Baurechtszins stellen? Das Baurecht sollte m.E. höchstens 30 Jahre dauern.

Dank und Gruss, Not

Die Lösung gegen das energiepolitische Chaos

Strom-Neat zwischen Bickigen und Pallanzeno statt teures Lotternetz

Schweiz | Die Schweiz ist die Stromdrehscheibe Europas. Doch das Schweizer Stromnetz ist verlottert. Wir können bereits heute in Spitzenzeiten nicht allen Strom aus dem Wallis ins Mittelland oder nach Italien abtransportieren. Deshalb müssen wir die Stromleitungen dringend in den Boden verlegen. Um den Strom dank Gleichstromleitungen mit weniger Verlusten zu transportieren.

RA

Die Schweiz hat im Sommer zu viel Strom. Und im Winter zu wenig. Deshalb müssen wir sinnvollerweise bis 2035 drei Probleme lösen:

- Erstens das Winterloch stopfen.
- Zweitens genügend Strom für Elektro-Autos und Luft-Wasser-Wärmepumpen zur Verfügung stellen.
- Und drittens die bestehenden Atomkraftwerke vom Netz nehmen.

Schweiz kann sich autark versorgen

Um diese Probleme zu lösen, brauchen wir in Etappen 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom zusätzlich. Zwei Fragen stellen sich: Soll sich die Schweiz in Krisen autark, das heisst eigenständig, versorgen können? Und müssen wir zweitens den Stromhandel mit dem Ausland einstellen?

Es ist von Vorteil, wenn wir uns autark versorgen können. Für den Fall, dass es einmal wirklich kritisch wird. Das ist kein Problem, weil in der Schweiz Notstromaggregate mit einer

Leistung von 4000 Megawatt installiert sind. Das entspricht der Leistung von vier Atomkraftwerken. Wir können und müssen diese Geräte mit Luftfiltern versehen. Das ist heute in der Regel noch nicht der Fall. Und wir müssen die Notstromaggregate im Fall der Fälle mit synthetischem Diesel laufen lassen, sobald dies möglich sein wird.

Niemand weiss von etwas ...

Noch haben wir in der Schweiz energiepolitisch ein perfektes Chaos. Zwar wurden keine Stromunternehmen privatisiert. Aber sie wurden enteignet. Konkreter: Die Kantone Zürich und Aargau sind zwar die Mehrheitsaktionäre des Energieriesen Axpo. Ihre Kantonsregierungen und die Kantonsparlamente haben aber keinen blassen Schimmer davon, was ihre Axpo so treibt. 1000 Axpo-Trader sitzen vor ihren Bildschirmen und schliessen irgendwelche Strom-Verträge ab. Einige von ihnen sitzen sogar in Singapur. Und auch die acht Axpo-Verwaltungsräte und die eine Verwaltungsrätin wissen nicht, was wirklich läuft.

Mit ihren Spekulationen habe die Axpo acht Milliarden Franken in den Sand gesetzt. Davon geht der St. Galler Professor Karl Frauendorfer aus. Deshalb lege der Energieriese die Karten bisher nicht auf den Tisch. Dies etwa im Gegensatz zu den Unternehmen Alpiq und BKW.

... und niemand ist zuständig

Das Axpo-Management vertritt zudem seit Jahr und Tag den Standpunkt, dass parastaatliche Unternehmen wie die Axpo nicht für die Stromversorgung der Schweiz zuständig seien. Die Logik: Im Tollhaus Schweiz ist also niemand für nichts zuständig. Eigentlich würde es eine parlamentarische Untersuchungskommission, eine PUK, brauchen, welche die jüngste Vergangenheit der Schweizer Energiepolitik aufarbeitet.

Die Schweiz ist noch immer die Stromdrehscheibe Europas. An 44 Punkten sind wir mit dem europäischen Stromnetz verbunden. Doch ohne Rahmenabkommen mit der EU gibt es bis auf weiteres kein Stromabkommen.

Das Schweizer Stromnetz ist verlottert. So können wir bereits heute in Spitzenzeiten nicht allen Strom aus dem Wallis ins Mittelland oder nach Italien abtransportieren. Und dies auch, nachdem das Pumpspeicherwerk Nant de Drance in den Walliser Alpen ans Netz gegangen ist. Darum erhöhte der Bundesrat mit Notrecht rechtswidrig die Leistung der Gemmi-Leitung von 220 Kilovolt auf 380 Kilovolt. Dies führt allerdings zu grösseren Stromverlusten und zur Verstrahlung der Bevölkerung in Leukerbad und im Berner Oberland.

Viel weniger Verluste mit Gleichstrom

Fehler kann und muss man korrigieren. Wir brauchen in einem ersten Schritt unter anderem eine Strom-Neat zwischen dem Umspannwerk im bernischen Bickigen und Pallanzeno. Eine Leitung, die Bickigen über Chippis mit Acker-sand/Stalden, Mörel und Pallanzeno in der



Die neuen-Co-Geschäftsführenden des Vereins «Hochspannung unter den Boden»: Die Umweltingenieure Amina Clénin und Severin Hermann aus Albinen.



Die Gemmleitung wird rechtswidrig auf 380 Kilovolt hochgefahren – zum Schaden von Mensch und Natur. Und eine schwere Belastung für den Badekurort Leukerbad.

italienischen Region Piemont verbindet. Zwei Fragen stehen dabei im Zentrum.

- Erstens: Wollen wir die neuen Hochspannungsleitungen oberirdisch oder unterirdisch bauen? Die vernünftigste Antwort lautet: Nur mit Mikrotunnels, in denen die Leitungen verlegt werden, können wir den Rückstand der Schweiz auf die Marschtabelle des ökologischen Umbaus aufholen. Alle Gemeinden und Privaten würden noch so gerne auf Einsparungen verzichten.
- Zweitens: Wollen wir mit Wechselstrom oder mit Gleichstrom arbeiten? Antwort: Dank Gleichstromleitungen werden die Energieverluste viel kleiner. Deshalb müssen wir im Stromtransport auf diese Technologie umsteigen. Dies auch wegen der höheren Strompreise, die das Energiesparen attraktiver machen.

Bei erdverlegten Gleichstromleitungen sind die jährlichen Betriebskosten inklusive Amortisation und Verzinsung des Hochspannungsnetzes absehbar bei weitem günstiger als der Bau neuer oberirdischer Hochspannungsleitungen, die erst noch nicht schnell genug realisiert werden können. ■



Bildquelle: parlament.ch

Nationalrat Emmanuel Amos, SP Wallis. Neu Präsident des Vereins «Hochspannung unter den Boden» (www.hsub.ch)

Aufschlussreiche Links – unbedingt lesen!

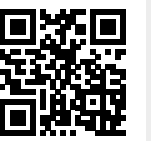
www.hsub.ch Der Walliser SP-Nationalrat Emmanuel Amos ist der neue Präsident der Vereinigung «Hochspannung unter den Boden». Vizepräsident ist der unermüdliche Atomgegner und Energieingenieur Heini Glauser. Sie bekommen dank den geplanten alpinen Solaranlagen eine neue Chance.



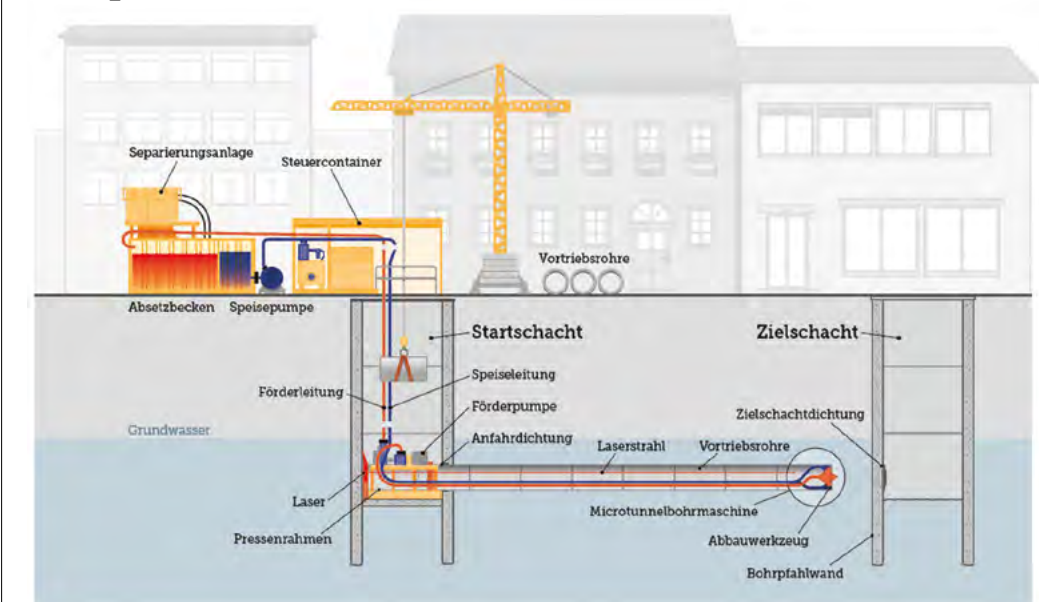
www.srf.ch Jetzt geraten sich die Alpenkantone Wallis und Graubünden in die Haare, wer schneller alpine Solaranlagen an das Netz bringen darf. Erfreulich: Das Potenzial der Alpen reicht aus, um 20 Milliarden Terawattstunden Winterstrom zu produzieren.



www.nzz.ch Der grüne Zürcher Regierungsrat Martin Neukom verteidigt die Axpo, ohne dass er einen Überblick über deren Tätigkeit hat.



Beispiel Mikrotunnel



i Gleichstrom Wechselstrom

Rechtsanwalt Peter Volken entlarvt Swissgrid als selbstherrliche Hochspannerin, die sogar das BFE für dumm verkauft

Wallis | Im Kampf der Walliser/innen gegen den Bau neuer, noch grösserer Hochspannungsleitungen zwischen Chippis und Mörel ist nicht – wie man uns weismachen wollte – schon aller Tage Abend. Im Gegenteil: der Widerstand gegen die gesundheitsschädlichen, landschaftsverschandelnden und technisch überholten Freileitungen kann und muss sofort neuen Schwung aufnehmen. Denn in einem Einspracheverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde Rechtsanwalt Peter Volken fündig, wie die arrogante und ignorante Swissgrid klare Auflagen selbst des Bundesamtes für Energie BFE missachtet.

Die nationale Netzgesellschaft Swissgrid ist im Besitz der grossen Stromproduzenten und -verteiler. Sie wirtschaftet feudal. Dank dem vom Staat zugeschanzten Netzmonopol sprudeln die Profite narrensicher in die Swissgrid-Kasse. Und in der

Frage, ob die mächtigen Übertragungsleitungen an den Hochspannungsmasten aufgehängt oder in den Boden oder in den Berg verkabelt werden sollen, spielt sie ihre ganze Macht für die alten, billigeren Lösungen aus. Das Wallis zahlt den grössten Preis dafür.

BFE schreibt Klartext und gibt Swissgrid Tarif durch
der Beschwerdegegnerin erstellt und dem Plangenehmigungsgesuch beigelegte Kabelstudie behördlich bis anhin noch nicht vertieft geprüft wurde.»
• **Und weiter im Klartext:** «Im Rahmen der genannten (Teil-) Verkabelungs-Studie beantragte das BFE bei der ElCom, die Kostenberechnung der Studie aus dem Jahr 2018 zu kontrollieren. Diese Prüfung zeigte nun, dass die Mehrkostenfaktoren für alle geprüften Varianten mit Werten zwischen 4.1 und 6.08 wesentlich tiefer ausfielen, als dies gemäss den Berechnungen der Studie der Fall war.»

Das BFE hält unter anderem fest:
• Nach verschiedenen Schriftwechseln mit dem Kanton Wallis erachtet es das BFE als angezeigt, «eine (Teil-)Verkabelung zwischen Agarn und Mörel-Filet nochmals zu prüfen».

• Die Begründung und gleichzeitig der happige Vorwurf an die Swissgrid: «Dies deshalb, weil die von

der Beschwerdegegnerin erstellt und dem Plangenehmigungsgesuch beigelegte Kabelstudie behördlich bis anhin noch nicht vertieft geprüft wurde.»

• **Und weiter im Klartext:** «Im Rahmen der genannten (Teil-) Verkabelungs-Studie beantragte das BFE bei der ElCom, die Kostenberechnung der Studie aus dem Jahr 2018 zu kontrollieren. Diese Prüfung zeigte nun, dass die Mehrkostenfaktoren für alle geprüften Varianten mit Werten zwischen 4.1 und 6.08 wesentlich tiefer ausfielen, als dies gemäss den Berechnungen der Studie der Fall war.»

Erneute Prüfung gefordert
Schliesslich kommt das BFE in der dreiseitigen Stellungnahme zum eindeutigen Schluss: «Aus diesen Umständen folgt, dass das gesamte Trasse der 380/220 kV-Leitung Chippis – Mörel einer erneuten Prüfung auf der Grundlage der neusten Erkenntnisse unterzogen wird, und dass sämtliche Parteien – so auch

die Beschwerdeführerin – im laufenden Plangenehmigungsverfahren die Möglichkeit erhalten werden, zu den neuen Erkenntnissen Stellung zu nehmen.»

Die von Rechtsanwalt Peter Volken vertretenen Einsprecher haben die Ausführungen des BFE «erleichtert zur Kenntnis genommen» und warten nun die neuen Erkenntnis-

se für «das gesamte Trasse der 380/220 kV-Leitung Chippis – Mörel» ab, um im Sinne der Ausführungen des BFE dazu Stellung nehmen zu können. Die Beschwerde wurde zurückgezogen, damit «die weiteren Untersuchungen zügig in Angriff genommen können».

Kein Selbstläufer
So positiv der BFE-Befund, ein

Selbstläufer ist er mitnichten. Nach den bisher (allzu) zaghaften Oppositionsversuchen braucht es nun den ganzen politischen Druck aller interessierten Kreise: der Gemeinden, der betroffenen Bevölkerung, der privaten Eigentümer/innen, der Parteien und der schweizerischen Vereinigung «Hochspannung unter den Boden» (HSUB/www.hsub.ch), die ihre

finanziellen und personellen Anstrengungen auf das Zentrum der Hochspannungsdebatte, das Wallis, konzentrieren muss.

Mit der auf den 23. September in Visp erfolgten Gründung eines kantonalen Aktionskomitees ist ein erster, wichtiger Schritt eingeleitet. Taten müssen folgen. Die Devise: **Voller Pfus auf allen Leitungen!** ■

Der Kampf gegen die Gemmi- und Rhonetalleitung ist neu eröffnet

Hochspannung: BFE holt Swissgrid auf den Boden

Wallis | Noch ist im Kampf gegen die 380 kV-Hochspannungs-Freileitungen Chippis – Mörel und über die Gemmi nichts verloren. Dies ausgerechnet dank des Bundesamtes für Energie (BFE), dessen Stabschefin vorst die Stange halten. Der Grund für diesen Hoffnungsschimmer: eine Verfügung des BFE vom 20. April 2022, in der die Swissgrid nachdrücklich zurück auf den Boden geholt wird.

In der neusten Verfügung sind die Freileitungen zwischen Chippis – Mörel und über die Gemmi nicht mehr als Freileitungen, sondern als Hochspannungsleitungen zu betrachten. Dies bedeutet, dass die Swissgrid die Freileitungen nicht mehr als Freileitungen, sondern als Hochspannungsleitungen zu betrachten hat. Dies bedeutet, dass die Swissgrid die Freileitungen nicht mehr als Freileitungen, sondern als Hochspannungsleitungen zu betrachten hat.

Fünf vor zwölf bei der Gemmileitung

Von besonderem Interesse ist die Freileitung der Hochspannungsleitung zwischen Chippis und Mörel. Diese Freileitung ist nicht mehr als Freileitung, sondern als Hochspannungsleitung zu betrachten. Dies bedeutet, dass die Swissgrid die Freileitung nicht mehr als Freileitung, sondern als Hochspannungsleitung zu betrachten hat.

Rhonetalleitung

Ein Kanton um 17 Gemeinden ist betroffen. Die Freileitung ist nicht mehr als Freileitung, sondern als Hochspannungsleitung zu betrachten. Dies bedeutet, dass die Swissgrid die Freileitung nicht mehr als Freileitung, sondern als Hochspannungsleitung zu betrachten hat.

Die Ekelemente des RA-Plans:

- **Die Gemmileitung**, die heute durch den Naturpark Pfyng-Finges, über wertvolles Rebbaugelände, einmalige Erholungslandschaften und mitten über den Kur- und Badeort Leukerbad führt, muss zwischen Chippis VS und Bickigen BE im Oberaargau erd- und stollenverlegt werden. Falls Bundesbern die Erhöhung der bestehenden Hochspannungsleitung auf kV-380 wegen der aktuellen Stromversorgungskrise mittels Notrecht durchdrücken will, um den Strom aus den grossen Wasserkraftwerken Grande Dixence und Nant de Drance ins Mittelland abzuführen, muss die politisch intelligente Forderung sein: **Ja – aber nur unter der Bedingung, dass im Notrecht-Beschluss die Erd- und Stollenverlegung bis 2030 verbindlich zugesichert wird.**
- **Die Rhonetalleitung Chippis – Mörel-Filet und die Törbelleitung Chippis – Stalden/Ackersand** müssen zusammen in einem Mikrostollen verlegt werden. Damit verschwinden zwei gesundheitsgefährdende und landschaftsverschandelnde Freileitungen, die erst noch erhöht werden sollen, von der Bildfläche. **Der zweite Teil der Leitung zwischen Stalden/Ackersand und Mörel-Filet ist über das Berisal ebenfalls in einem Mikrostollen zu verlegen.**

Gut fürs Oberwallis. Gut für die Dörfer. Gut für die Menschen

Das ist der Verkabelungsplan der «Roten Anneliese»

In der letzten RA-Ausgabe Nr. 259/260 hat die «Rote Anneliese» auf einer doppelseitigen Karte illustriert und veranschaulicht, wie das Hochspannungsnetz im Mittel- und Oberwallis in den Boden und in Mikrotunnels verlegt werden muss. Statt dass die Swissgrid weiterhin die Landschaft verschandeln kann.

Die Ekelemente des RA-Plans:

- **Die Gemmileitung**, die heute durch den Naturpark Pfyng-Finges, über wertvolles Rebbaugelände, einmalige Erholungslandschaften und mitten über den Kur- und Badeort Leukerbad führt, muss zwischen Chippis VS und Bickigen BE im Oberaargau erd- und stollenverlegt werden. Falls Bundesbern die Erhöhung der bestehenden Hochspannungsleitung auf kV-380 wegen der aktuellen Stromversorgungskrise mittels Notrecht durchdrücken will, um den Strom aus den grossen Wasserkraftwerken Grande Dixence und Nant de Drance ins Mittelland abzuführen, muss die politisch intelligente Forderung sein: **Ja – aber nur unter der Bedingung, dass im Notrecht-Beschluss die Erd- und Stollenverlegung bis 2030 verbindlich zugesichert wird.**
- **Die Rhonetalleitung Chippis – Mörel-Filet und die Törbelleitung Chippis – Stalden/Ackersand** müssen zusammen in einem Mikrostollen verlegt werden. Damit verschwinden zwei gesundheitsgefährdende und landschaftsverschandelnde Freileitungen, die erst noch erhöht werden sollen, von der Bildfläche. **Der zweite Teil der Leitung zwischen Stalden/Ackersand und Mörel-Filet ist über das Berisal ebenfalls in einem Mikrostollen zu verlegen.**

- **Die Grimselleitung zwischen Ulrichen VS und Innetkirchen BE** soll in den geplanten Grimseltunnel zwischen Oberwald VS und Handeck BE in den Tunnel verlegt werden. Die Kosten von 300 Millionen Franken sind eine organisierte Quersubvention für den neuen Bahntunnel. Dagegen soll die Freileitung zwischen Oberwald und Ulrichen weiterhin offen durch Dorfgebiete und eine touristisch intensiv genutzte Erholungslandschaft geführt werden. Ein Affront sondergleichen! Die Erdverlegung zwischen Oberwald und Ulrichen ist zwingend.
- **Die Simplonleitung zwischen Berisal und dem italienischen Pallanzeno** vor Domodossola wird ebenfalls in den Berg verlegt. Diese Lösung ermöglicht den direkten Anschluss der geplanten Solar-Freiflächenanlagen Gremgiols Solar und Gondo Solar sowie den Verzicht auf die überflüssigen, zu Recht umstrittenen Übertragungsleitungen durchs Walsertal Val Formazza/Pomatt.

Die einfachste Alternative ist die Verlegung zwischen dem Goms und dem Tessin: die Verkabelung in den Furka-Basistunnel und den berühmten Bedretto-Stollen, der beim Tunnelbau in den 1970er-Jahren ausgebrochen wurde. So bekäme das Bedretto-Fenster endlich eine Zweckbestimmung. ■

Nach verschiedenen Schriftwechseln mit dem Kanton Wallis erachtet es das BFE als angezeigt, eine (Teil-)Verkabelung zwischen Agarn und Mörel-Filet nochmals zu prüfen. Dies deshalb, weil die von der Beschwerdegegnerin erstellte und dem Plangenehmigungsgesuch beigelegte Kabelstudie behördlich bis anhin noch nicht vertieft geprüft wurde. Eine Überprüfung der Leitungsführung im Raum Pfyngwald lehnte das BFE in einer ersten Phase hingegen ab, weil hierfür eine Sachplanfestsetzung aus dem Jahr 2012 vorlag, die nach einer ersten Einschätzung nicht in Frage zu stellen war.

Im Rahmen der Überprüfung der genannten (Teil-)Verkabelungs-Studie, beantragte das BFE bei der ElCom, die Kostenberechnungen der Studie aus dem Jahr 2018 zu kontrollieren. Diese Prüfung zeigte nun, dass die Mehrkostenfaktoren für alle geprüften Varianten mit Werten zwischen 4.1 und 6.08 wesentlich tiefer ausfielen als dies gemäss den Berechnungen in der Studie der Fall war.

Gestützt u. a. auf diese Feststellung kam das BFE zum Schluss, dass, zusätzlich zur Verkabelungsstudie 2018 für den Abschnitt Agarn-Mörel-Filet, nun auch für den Streckenabschnitt Chippis-Agarn (Querung des Pfyngwaldes) zusätzliche Abklärungen zu den Kosten sowie zu den heutzutage möglichen Verkabelungsmöglichkeiten zu treffen sind. Dieser Umstand führte zu der angeforderten Zwischenverkabelungsmöglichkeiten zu treffen sind.

Aus diesen Umständen folgt, dass das gesamte Trasse der 380/220 kV-Leitung Chippis-Mörel einer erneuten Prüfung auf der Grundlage der neusten Erkenntnisse unterzogen wird und, dass sämtliche Parteien – so auch die Beschwerdeführerin – im laufenden Plangenehmigungsverfahren die Möglichkeit erhalten, werden, zu den neuen Erkenntnissen Stellung zu nehmen. Der Antrag Nr. 1 der Beschwerdeführerin ist somit als gegenstandslos zu betrachten. Aus diesem Grund ist die vorliegende Beschwerde abzuweisen, soweit darauf überhaupt eingetreten wird.

Freundliche Grüsse
Bundesamt für Energie BFE
Cédric Mosser
Leiter Elektrizitäts- und Wasserrecht
Anne Goumaz
Fachspezialistin Sachplan- und Plangenehmigungsverfahren

Hochspannungsnetz: Statt Swissgrid Verschandelung Leitungen in Mikrostollen

Beat Rieder ist für Strom-Neat. Gut so. Nur am falschen Ort. Leider Subito mit den Hochspannungsleitungen in diese Stollen.

Gemmileitung (Chippis – Bickigen BE)
Die bestehende Gemmileitung hat eine Länge von 30 Kilometern. Sie kann nicht von 220 auf 400 kV erhöht werden. Weil die gesetzlich vorgeschriebenen Stollen nicht ausgebaut werden können, ist auf Jahre hinaus ein Blockiert.

Sünde 1
30 km Freileitung, auf 380 kV erhöht, bewaldet und weitgehend gelöst.
Die neue 380 kV-Hochspannungsleitung durch die Goms ist eine Menge Schande. Denn hier ist in den Boden vergraben können und nicht mehr als Freileitung zu betrachten.

Rhonetalleitung (Chippis – Mörel)
Die Menschen im Oberwallis leben grossverwundert zwischen Sion und Visp. Swissgrid will unangenehme alle Hochspannungsleitungen zwischen Chippis und Mörel auf neue Freileitungen ersetzen. Das Projekt ist gesundheitlich und landschaftsverschandelnd. Die Hochspannungsleitungen sollen so verschwinden, wie sie nie da waren. Bis zum 30. März am Tag. Mit vier Abschnitten, die den Verlauf des Strassenverkehrs bilden.

Törbelleitung (Chippis – Stalden)
Achtung Agarn – Stalden wurde vom BFE im Februar 2022 beantragt. Die Verlegung wird durch die Strom-Neat überbrückt. Man kann sie abbrechen und verschrotten. Gut so.

Sünde 2
Chamonix – Chippis
30 Kilometer Freileitung wurden im Gelände und auf 380 kV erhöht. Mit diesen Masten wird die Landschaft verschandelt.

Simplonleitung (Berisal VS – Pallanzeno IT)
Die bestehende Simplonleitung (220 kV) ist ausgebaut. Die Freileitung wird durch die Strom-Neat überbrückt. Man kann sie abbrechen und verschrotten. Gut so.

Val Formazza-Leitung (Berisal VS – Pallanzeno IT)
Bisher wollten die Italiener von Pallanzeno aus eine neue Hochspannungsleitung durch die kalten Formazza nach Aosta bauen. Die Opposition war gross. Deshalb war man bereit, auf jeden Kilometer die Leitung in den Boden zu verlegen.

RA 259/260: Subito mit den Hochspannungsleitungen in die Mikrostollen.

Arxada tritt in Visp den Kollektivarbeitsvertrag mit Füßen

Bringt das Schiedsgericht die Heuschrecke zur Räson?

Visp | Seit der Übernahme des Spezialitätenchemie-Bereichs der Lonza 2021 für 4,5 Milliarden Franken führt sich die Arxada in Visp auf, als müsste sie ihren Heuschrecken-Ruf immer wieder aufs Neue unter Beweis stellen. Die britisch-amerikanischen FinanzspekulantInnen spielen mit den Gewerkschaften Katz und Maus, verweigern Lohnverhandlungen, führen eigenmächtig vertragswidrige Betriebskommissionen durch und unterlaufen den geltenden Kollektivarbeitsvertrag (KAV). Unia und Syna haben von den unsozialen Arxada-Praktiken genug: Mit dem Schreiben vom 18. August 2022 verlangten die beiden Gewerkschaften die Einberufung des vertraglichen Schiedsgerichts.

Wenn es um Rechte und Verbesserungen für die rund 850 Beschäftigten und insbesondere für die rund 500 Arbeiterinnen und Arbeiter unter dem KAV geht, wähnt sich die Arxada vertragslos und an nichts mehr gebunden. Beim Kassieren dagegen ist sie sehr wohl vertragstreu. Jedenfalls wird der an den KAV gebundene Solidaritätsbeitrag vom Lohn abgezogen und lagert auf einem Sparkonto.

Keine Arbeitsbewilligungen mehr?

Die kollektivvertragliche Schleifspur der Heuschrecke führt unweigerlich zur brisanten Frage: Darf der Kanton dem Konzern im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit den EU-Staaten noch Arbeitsbewilligungen für einwandernde und entsandte Arbeitskräfte und Firmen ausstellen?

Das Entsendegesetz mit den flankierenden Massnahmen, die Lohndrückerei und Abbau sozialpartnerschaftlicher Errungenschaften verhindern sollen, sagt in Art. 2 bezüglich den zu gewährleisteten Arbeits- und Lohnbedingungen:

Die Arbeitgeber müssen den entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens die Arbeits- und Lohnbedingungen garantieren, die in Bundesgesetzen, Verordnungen des Bundesrates, allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen und Normalarbeitsverträgen vorgeschrieben sind.

Was für die entsandten Arbeitskräfte gilt, wird im Entsendegesetz auch für die in der Schweiz angestellten Lohnabhängigen gesetzlich vorgeschrieben.

Zwei zentrale Streitpunkte

In der Auseinandersetzung im Arxada-Werk treiben vorab zwei konkrete Fragen die Betriebskommission und die Gewerkschaften auf die Barrikaden:



Arxada in Visp – die Belegschaft hat wenig mehr zu lachen.

• **Erstens:** War die Wahl der Arbeitnehmenden-Vertretung vom 20. Mai 2022 an Vertrag und Wahlreglement vorbei legitim? Zumindest was die Mehrheit der KAV-Unterstellten betrifft, die mit dem Winkelzug der Arxada-Direktion in die Minderheit versetzt und deren bisherige Vertreter in der Betriebskommission faktisch kaltgestellt wurden.

• **Zweitens:** Muss die Arxada mit den Gewerkschaften 2022 Lohnverhandlungen führen und die seit dem 1. Juli 2022 kassierten Solidaritätsbeiträge rechtmässig und rückwirkend an die Vertragspartner überweisen?

Schiedsgericht ist zuständig

Der Gang der Gewerkschaften vor das interne Schiedsgericht steht im Einklang mit dem gel-

tenden KAV. Gemäss Artikel 21 des Vertrags ist nämlich zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten und Differenzen über die Anwendung und Auslegung des KAV das interne Schiedsgericht zuständig.

Dieses Schiedsgericht wird aus je zwei Vertretern der Firma und der Vertragsgewerkschaften zusammengesetzt. Wenn sie sich nicht auf einen aussenstehenden Präsidenten einigen können, muss der Präsident des kantonalen Schiedsgerichts von Amtes wegen den Vorsitz übernehmen.

Schon einmal obsiegt die Gewerkschaften

Schon einmal wurde die Lonza Anfang der 1990er-Jahre von den Gewerkschaften vor ein

Schiedsgericht zitiert. Mit Erfolg: Die Lonza wurde damals im Schiedsspruch verpflichtet, ihren in den Verhandlungen gemachten Versprechungen bezüglich zwischenvertraglicher Erhöhung der Schichtzulagen nachzukommen.

Eine Ohrfeige für die Direktion, ein Sieg für die Arbeitenden. Auch diesmal stehen die Chancen gut – vorausgesetzt, dass alles mit rechten Dingen zugeht und mit kompetenten Schiedsgerichtsmitgliedern stattfindet. Die Alternative sind jahrelange Gerichtsverfahren, wenn nötig bis vor Bundesgericht.

Die Preisfrage ist, ob die Arxada diese medial begleiteten Verwerfungen politisch und auf dem Arbeitsmarkt in Kauf nehmen will – und kann. ■

Der leichtfertige Baehny-Deal mit «Arxada»

«Albert Baehny ist zum grössten Risiko für Lonza geworden», titelte Klaus Stöhlker im April 2021 in einem Beitrag auf der Online-Plattform «Inside Paradeplatz». Für einmal hatte der PR-Paradiesvogel unter den bezahlten Kommunikationsprofis recht. Jedenfalls was den Arxada-Deal von Lonza Verwaltungsratspräsident Baehny betrifft.

2020 wollte Baehny den Spezialitätenchemie-Bereich auf Teufel komm raus loswerden. Zuerst verschob er die Sparte ins Lonza-eigene Zwischenlager Solutions AG, um sie dann für 4,5 Milliarden Franken an die Arxada zu verhöckern. Zu leichtfertig, zu schnell, mit zu wenig sorgfältiger, sogenannter Due-Diligence-Prüfung, kritisieren hinter vorgehaltener Hand selbst hochrangige Lonzianer.

Noch schlimmer: Wenn die Gerüchte stimmen, so hat Albert Baehny der Arxada den Kuchen noch mit mehrjährigen, günstigen Energielieferungen durch die Lonza versüsst, was sich jetzt angesichts der explodierenden Strom- und Gaspreise doppelt rächt.

Dank Risiko-Baehny können sich nun die britisch-amerikanischen FinanzspekulantInnen «Bain Capital» & «Cinven» ins Profitfäustchen lachen.

Die Leidtragenden sind die 850 Beschäftigten in Visp, die sich nun dem rüden Wildwest der vertraglich treulosen Arxada ausgesetzt sehen. Die erfolgreiche alte Firmenkultur und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden sind dabei bereits in den Keller abgestürzt.

Unsere Ref. UNIA Oberwallis
Ihre Ref.

Einschreiben
Arxada AG
Frau Nathalie Imhof
Associate Director, HR Business Partner
Lonzastrasse 2
3930 Visp

[Auszug]

Bern, 18. August 2022 cs/kr

Konstituierung Schiedsgericht betreffend Meinungsverschiedenheiten mit den Gewerkschaften Unia und Syna bezüglich dem Kollektiv-Arbeitsvertrag Walliser Werke 2004

Sehr geehrte Frau Imhof
sehr geehrte Damen und Herren

[...]

Im November 2021 stellte sich die Arxada AG – entgegen Ihren bisherigen Erklärungen und Handlungen – erstmals auf den Standpunkt, dass formell keine Sozialpartnerschaft mehr bestehe. Für das zweite Semester 2021 hat Ihr Unternehmen die Solidaritätsbeiträge den Gewerkschaften nicht mehr überwiesen – obwohl diese Beiträge den dem KAV unterstehenden Arbeitnehmenden weiterhin vom

Lohn abgezogen werden. Im Frühling 2022 führten Sie gegen den Widerstand sowohl Ihrer BK-Mitglieder wie auch der Sozialpartner Wahlen für eine neue Arbeitnehmervertretung des gesamten Betriebs und somit auch für die KAV-Mitarbeitenden durch. Gegen diese Wahl haben die Sozialpartner wie auch die BK Einsprache erhoben.

Zwischen der Arxada AG, den BK Mitgliedern der Arxada AG und den Gewerkschaften ist strittig, ob der KAV weiterhin auf die fraglichen Mitarbeitenden Ihres Unternehmens Anwendung findet oder nicht. Zu klären ist insbesondere, ob die Wahl der Arbeitnehmervertreter vom 20. Mai 2022 (zumindest zur Vertretung der KAV-Mitarbeitenden) in Verletzung des KAV und der darauf basierenden Reglemente erfolgte und daher nichtig ist und ob die bisherigen fünf Mitglieder der BK weiterhin die legitime Vertretung der KAV-Arbeitnehmenden sind. Sodann ist zu klären, ob die Arxada AG mit den Gewerkschaften Lohnverhandlungen 2022 führen muss und ob sie Solidaritätsbeiträge, rückwirkend seit 1. Juli 2021, zu entrichten hat.

Gemäss Art. 11.2 KAV wird zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten und Differenzen über die Anwendung und Auslegung des KAV ein Schiedsgericht angerufen, wenn eine Einigung zwischen der Direktion, der BK und den Vertragsgewerkschaften nicht möglich ist. Dies ist vorliegend offensichtlich der Fall.

Die Arxada AG wird aufgefordert, innert 30 Tagen zwei Schiedsrichter zu ernennen. Die Gewerkschaften werden innert gleicher Frist ebenfalls zwei Vertreter bezeichnen. Die Schiedsrichter müssen unabhängig und unparteilich sein; Umstände, die gegen eine Unabhängig- oder Unparteilichkeit sprechen, sind offen zu legen (vgl. Art. 363 ZPO). Sollte die Arxada AG dieser Aufforderung innert Frist nicht nachkommen, werden die Gewerkschaften ohne weitere Rücksprache das Gericht zur ersatzweisen Ernennung der Schiedsrichter anrufen (Art. 362 Abs. 1 Bst. b ZPO).

Die Arxada AG wird darauf hingewiesen, dass es in die Zuständigkeit des Schiedsgerichts fällt, zu entscheiden, ob es zuständig ist oder nicht (sog. Kompetenz-Kompetenz; Art. 359 Abs. 1 ZPO). Folglich wird das Schiedsgericht zu befinden haben, ob der KAV und die gestützt auf den KAV erlassenen Reglemente vorliegend Anwendung finden. Sollte das Schiedsgericht diese Frage bejahen, ist es zur Streitbeilegung zuständig. Sollte das Schiedsgericht diese Frage verneinen, entfällt dessen Zuständigkeit und die Gewerkschaften werden die ordentlichen Gerichte anrufen.

Die je zwei von der Arxada AG und den Gewerkschaften ernannten Schiedsrichter werden sich auf einen aussenstehenden Vorsitzenden einigen (Art. 11.2 KAV). Falls dies nicht möglich ist, wird der Präsident des kantonalen Schiedsgerichts zum Vorsitzenden berufen.

Sobald das Schiedsgericht ordnungsgemäss konstituiert ist, werden die Gewerkschaften innert einer ihr anzusetzenden Frist eine vollständig begründete Klage mit Beweismitteln einreichen.

[...]

Namens und im Auftrag meiner Klientinnen ersuche ich Sie höflich um Mitteilung der zwei von der Arxada AG ernannten Schiedsrichter innert 30 Tagen. Besten Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Schneeberger
Rechtsanwalt

Eingabe vom 18. August 2022: Die Gewerkschaften Unia und Syna rufen das Schiedsgericht an.

DAS DOKUMENT

In einem Brief erhob die Unia Oberwallis schwerwiegende Vorwürfe gegen die kantonale Dienststelle für Migration

Chaos im Migrationsamt

Favre liess aufräumen – doch sein Amt pfuscht weiter

Am 13. September stellte Martin Dremelj der Dienststelle für Migration einen geharnischten Brief zu (siehe nebenstehendes Dokument). Der Oberwalliser Unia-Sektionssekretär schrieb zu den unhaltbaren Zuständen Klartext. Der verantwortliche Staatsrat Frédéric Favre (FDP) handelte: Während drei Wochen machte die Dienststelle zu, um den riesigen Pendenzenberg abzutragen. Einen Monat später wurde verkündet, man habe in drei Wochen 7121 Fälle bearbeitet. Die Frage ist: Wie gründlich und seriös wurde wirklich aufräumt? Der Roten Anneliese liegen Fälle vor, die zum Schluss zwingen, dass in der überforderten Dienststelle von Staatsrat Favre weiter gepfuscht wird. Ein Beispiel: Ein bereits im Januar 2022 eingereichtes Gesuch für eine Aufenthaltsbewilligung L wurde am 22.08.2022 erstellt und ist gültig bis 31.08.2022. Erhalten hat sie der Gesuchsteller gegen Ende August. Am 16.09.2022 wurde diese Aufenthaltsbewilligung von der Fremdenkontrolle zu Mutationszwecken wieder eingezogen. Er war also nicht mal eine Woche im Besitz einer gültigen Aufenthaltsbewilligung. Es ist kein Einzelfall. Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates muss bei der Dienststelle dringend mehr als nur mal vorbeischaun. Die Vorwürfe der Unia Oberwallis sind Punkt für Punkt zu prüfen.

Unia Wallis
Sektion Oberwallis

Furkastrasse 29
Postfach 697
CH-3900 Brig
T +41 27 948 12 80
F +41 27 948 12 85
http://wallis.unia.ch



Post CH AG

P.P. CH-3900 Brig

Unia Wallis Sektion Oberwallis Furkastrasse 29 Postfach 697 CH-3900 Brig

Einschreiben
Dienststelle für Bevölkerung
und Migration
z. H. Tiano Sandra
Avenue de la Gare 39
1950 Sitten

Aktuelle Situation – Dienststelle für Migration

13. September 2022

Martin Dremelj
Leitender Gewerkschaftssekretär

martin.dremelj@unia.ch
T+41 48 12 86
F+41 48 12 85

Sehr geehrte Frau Tiano

Wir beziehen uns auf die Pressemitteilung vom 1. September 2022 im Walliser Bote, die von Ihnen angekündigten Massnahmen und die damit verbundene Reduktion Ihrer Dienstleistung während drei Wochen. Ein drastischer und teilweise nachvollziehbarer Entscheid.

Wir sind der Meinung, dass es durchaus positiv zu werten ist, dass die Dienststelle das Problem der vielen Pendenzen anerkennt und die Pendenzenberge abbauen will. Migrant:innen im Kanton Wallis leiden schon lange unter schleppenden und mühsamen Verfahren. Viele sind gezwungen, monatelang auf eine Bewilligung zu warten. Wenn sie die lang ersehnte und beantragte Aufenthaltsbewilligung erhalten, ist die Bewilligung für Kurzaufenthalter:innen bereits abgelaufen. Sie zahlen dabei für eine Leistung, die sie nicht rechtzeitig erhalten bzw. bereits wertlos ist. Sie sind gezwungen, sich mit Ersatzpapieren in der Tasche zu begnügen, was Betroffene stark verunsichert und einen Einfluss auf ihren Alltag hat. Denn das Fehlen der Bewilligungen hat gravierende Konsequenzen praktischer Natur und beeinflusst den Alltag dieser Menschen negativ. Beispielsweise finden Neuzugezogene zum Teil keine Wohnung, können kein Bankkonto eröffnen oder kein Auto kaufen. Und nicht selten sind ihre Krankenkassenversicherungen erst gültig, nachdem die Bewilligung erteilt worden ist. Auch für Arbeitnehmende, die schon länger da sind und Anrecht auf Arbeitslosengeld haben, ist es schwierig: ohne gültige Bewilligung gibt es bei gewissen Arbeitslosenstellen kein Arbeitslosengeld.

Sie, Frau Tiano, haben nun die Schwere des Problems erkannt und haben sich für eine ungewöhnlich radikale Massnahme entschieden. Sie suchen damit den Ausweg aus dieser Situation. Das freut uns einerseits, aber wir fordern Sie gleichzeitig auf, die Probleme grundlegend anzupacken und die Ursachen damit anzugehen. Gemäss unseren Erfahrungen mit Ihrer Dienststelle stellen die Dossiers nicht nur in Bezug auf die Bearbeitungsdauer ein Problem dar, sondern weisen diese mit einer gewissen Regelmässigkeit fehlende Kompetenz in deren Beurteilung/Bearbeitung aus. Im Speziellen werden die Bestimmungen des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) bewusst oder unbewusst ignoriert.

Aktuelle Situation – Dienststelle für Migration 2/2

Beispielsweise werden von EU-Bürger:innen für die Erteilung oder Verlängerung von Kurz- oder Aufenthaltsbewilligungen zusätzliche Dokumente verlangt, obwohl das FZA klarstellt, dass nur der Arbeitsvertrag (oder eine Arbeitsbescheinigung) und der Ausweis, mit welchem eingereist wurde, verlangt werden dürfen. Auch haben wir mehrere Fälle dokumentiert, in der die DBM eine L-Bewilligung EU erteilt, obwohl die Person gemäss FZA Recht auf eine B-Bewilligung hat. Die DBM verletzt auf diese Weise die Bestimmungen eines internationalen Vertrags und schafft sich selbst zusätzliche und unnötige Arbeit. Insbesondere dann, wenn Migrant:innen ihre Rechte kennen und dagegen rekurren. Dies als Anregung für das von Ihnen angestrebte und kommunizierte Ziel, zukünftig professioneller und effizienter arbeiten zu wollen.

Nicht nachvollziehbar und nicht akzeptierbar wird es auch, wenn die DBM weiterhin von Partner:innen von EU-Bürger:innen, die schon in der Schweiz sind, verlangt, dass sie wieder ausreisen und ein Einreisevisum im Ausland beantragen sollen. Obwohl das Bundesgericht sich hierzu mehrfach klar und deutlich geäussert hat, scheint die DBM diese Praxis zu ignorieren. Diese Unrechtmässigkeit schafft unnötig viel Arbeit.

Dies sind nur ein paar Beispiele von Situationen, mit denen Migrant:innen regelmässig konfrontiert sind. Nun möchten Sie, Frau Tiano, durchgreifen und die Pendenzenberge abbauen. In der Zwischenzeit stellt sich jedoch die Frage, ob der verfassungsmässige Anspruch auf rechtliches Gehör gewährleistet wird. Und viel mehr stellt sich die Frage, ob die Dienststelle lernfähig ist und nach ihrer speziellen Anstrengung zum Pendenzenabbau die gesetzlichen Bestimmungen richtig anwendet. Das erwarten wir von Ihrer Behörde. Alles andere bedeutet Mühsal für Migrant:innen im Kanton, aber auch unnötigen zusätzlichen Aufwand für die Dienststelle. Und damit wäre der nächste Pendenzenberg vorprogrammiert. Am Schluss würde die Ineffizienz der Dienststelle weiterhin eine Last für die Allgemeinheit bleiben, denn das alles bezahlen wir mit unseren Steuern.

Wir fordern Sie, Frau Tiano, auf, nicht nur die Bearbeitung der Pendenzen voranzutreiben, sondern auch den strukturellen Problemen der Abteilung Migration auf den Grund zu gehen und diese zu beheben. Der Schalter muss möglichst bald wieder geöffnet werden und die Abteilung muss in Zukunft eine kompetente Anwendung der rechtlichen Bestimmungen gewährleisten.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Martin Dremelj

Kopie: Frédéric Favre, Département für Sicherheit, Institutionen und Sport, 1950 Sion

Foto: ZVG

Martin Dremelj: Die DBM soll nicht nur die Pendenzen bearbeiten, sondern auch den strukturellen Problemen auf den Grund gehen.

Bezahlbare Wohnungen gegen Wohnungsnot und Preiswucher

Die sieben Schläfer im Briger Schloss müssen aufwachen

Brig-Glis | Der Bahnhof Brig West hat eine böse Vorgeschichte: Das Volk sagte nur knapp Ja zur Bahnhofplanung, weil die Gemeinde verschwiegen, dass die SBB gar nie die Aufhebung des dritten Geleises gutgeheissen hatte. In jeder funktionierenden Demokratie müsste die Abstimmung wiederholt werden.



RA

Das vorliegende Projekt mit dem 60 Meter hohen Ursprung-Phallus vermag nur wenige zu überzeugen. In Naters wird man sich gegen den Schattenschwurf dieses Hochhauses zur Wehr setzen.

Die seltsame Anordnung der Gebäude war nichts anderes als der Versuch, jene, die heute an der Spitalstrasse arbeiten und wohnen, zu vertreiben.

Ein neues Projekt

Inzwischen gibt es ein neues Projekt, das fünfentscheidende Vorteile aufweist:

• **Vorteil 1:** Die Neubauten werden auf Stelzen gestellt. Auf der Ebene der Strasse entsteht ein grosser, verkehrsfreier offener Raum. Hier können sich alle erholen. Ein überdeckter Stockalpergarten 2.0. Im Winter kann man schlittschuhfahren, im Sommer im Wasser plan-

schen. Kurzum: Lebensqualität vom Besten.

• **Vorteil 2:** Eine geschlossene Bauweise schützt alle dahinterliegenden Quartiere vor jedem Eisenbahnlärm. Genauso wie die nach Süden orientierten Zimmer.

• **Vorteil 3:** Kein Bau ist höher als das Casablanca. Statt nur 40'000 Quadratmeter können trotz tieferen Baukörpern, die keine Schatten nach Naters werfen, gesamthaft 50'000 Quadratmeter Wohnfläche realisiert werden.

• **Vorteil 4:** Kein Bau in Brig ist besser besonnt als dieses Projekt der nächsten Generation. Man kann hier ohne grossen Aufwand begrünte Plus-Energie-Bauten erstellen. Dies im Gegensatz zum Projekt der Stadträte Louis Ursprung und Patrick Hildbrand.

• **Vorteil 5:** Man kann und muss hier ein Plus-Energie-Quartier realisieren. Der Anschluss an das viel zu

teure Anergienetz der EnBAG muss verhindert werden. Denn schliesslich geht es ja bei 60 Prozent der Wohnungen um günstige Mieten inklusive Nebenkosten.

Auf der Homepage der Roten Anneliese www.roteanneliese.ch finden sich demnächst erste Pläne für eine solche Überbauung. Als Anregung zu weiteren Überlegungen.

Gemeinde zu 80 Prozent Boden-Eigentümerin

Auf dem Gebiet des Bahnhof West kann man, ohne dass ein Quadratmeter Grünfläche zerstört wird, 400 Wohnungen erstellen. Also genau das, was es in Brig-Glis dringend braucht. Die Realisierung kann – auch in Etappen erfolgen.

Das geht einzig, wenn die Gemeinde, wenn die Urversammlung bestehende Flächen nur einzont,

umzont oder aufzont, nachdem sie zumindest zu 80 Prozent Bodeneigentümerin ist.

Von den so geschaffenen Flächen kann die Gemeinde aufgrund der heutigen Gesetzeslage 20 Prozent als Mehrwert abschöpfen.

Es gibt auch einen anderen, sinnvoller Weg: Die Gemeinde erwirbt alle Bauparzellen, die nicht Privaten gehören, zu deren heutigen, tiefen Werten. Und zont richtigerweise erst danach auf. Sinnvoll wäre es, wenn die Gemeinde selber die 400 Wohnungen erstellen würde. Leider leidet unser Männerstübli im Stockalperschloss grossmehrerlich noch an liberalen Kopfkrankheiten. Den Herren kann und muss geholfen werden.

Kleine Gemeinden schaffen im Oberwallis sozialen Wohnraum. Grosse Gemeinden stecken den Kopf in den Sand. Das darf nicht sein.

Die SVP kontrolliert die Bauämter von Brig-Glis und Naters – sie verhindert jede Innovation

Wien als Vorbild

Die 3-Millionen-Stadt Wien ist in Sachen Wohnungsbau ein Vorbild (siehe dazu auch die Infobox auf Seite 20). Die Rote Anneliese wird einen Bildungsausflug nach Wien organisieren, damit sich alle Interessierten informieren können, wie erfolgreicher, sozialer Wohnungsbau geht.

Leider haben in einer ersten Runde die SP und die Grünen darauf verzichtet, den Gemeinderat mit einer Initiative unter Druck zu setzen. 1'000 Unterschriften zu sammeln, übersteige ihre Möglichkeiten und Kräfte, sagten sie.

Mag sein. Jetzt müssen halt andere den Ball aufnehmen. Wie genau, will überlegt sein.

80 Gratis-Wohnungen für die Gemeinde

Für den Verkauf von 40'000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche

bekommt die Gemeinde aufgrund der bisherigen Annäherungen 80 Wohnungen mit einem Verkehrswert von je 400'000 Franken. Der Bau spült so 32 Millionen Franken in die Gemeindekasse.

Die Gemeinde kann diese Wohnungen zu günstigen Preisen vermieten. Und mit den Mieterträgen von mehr als 1,5 Millionen Franken pro Jahr jenen Eigentümern, deren Bauland ausgezont werden soll, ihre Terrains zu einem Drittel des Verkehrswertes abkaufen.

160 Genossenschaftswohnungen

Im Briger Rhonesand gibt es viele Genossenschaftswohnungen. Die Mieten sind sensationell günstig. In dem hier vorgestellten Projekt New Bahnhof West würden – vermutlich in Etappen – 160 Genossenschaftswohnungen entstehen.

Bezogen auf die 6'000 in Brig-Glis existierenden Wohnungen wäre dies ein Anteil von knapp 3 Prozent. Immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Hinter den Kulissen wird eifrig am Projekt gearbeitet. Unser Ziel: 2,5 Millionen Franken Genossenschaftskapital aufbringen. Mehr darüber in einer der nächsten Roten Anneliesen.

160 Eigentumswohnungen

Im Oberwallis ist der Anteil der Wohnungseigentümer hoch. Wer möchte nicht in bester verkehrsfreier Lage in Brig-Glis eine neue Wohnung zu halbwegs vernünftigen Preisen kaufen?

Sobald die erste Offerte vorliegt, müsste die Gemeinde öffentlich eine Ausschreibung machen. Um festzustellen, wer baulich, ökologisch, ökonomisch und sozial die beste Variante auf den Tisch legt. ■

Wir wollen, dass man im Talgrund endlich ohne nennenswerten Bodenverschleiss umweltfreundlich Wohnungen erstellt.











Ein erstes Projekt war die Charlottenburg in Naters. Die ersten Reaktionen waren mehr als gut. Selbst die Gemeindepräsidentin Charlotte (Nomen est Omen) Salzman-Briand war recht begeistert. Vor elf Monaten machte sie uns – wie dieser Brief belegt – Hoffnungen.

Seit elf Monaten üben wir uns in Geduld. Geschehen ist rein gar nichts. Typisch CVP.

Auch in Brig wird nichts geschehen. Dr. Patrick Hildbrand fand während Monaten keinen Nachfolger, keine Nachfolgerin für den fahnenflüchtigen Stadtarchitekten Roland Imhof. ■



Preis-Explosion: Eine Horror-Picture-Show des Wohnungswuchers im Oberwallis

 11'328.-/Mt.	 1'049'000.-	 1'305'000.-	 2'500.-/Mt.	 2'100.-/Mt.	 685'000.-	 2'070.-/Mt.	 3'950.-/Mt.	 1'420'000.-	 1'250'000.-
Beispiel Zermatt: 3,5 Zimmer, 80 m², Erdgeschoss, «ideal für Familien» Miete pro Monat: 11'328 Franken inkl. Nebenkosten	Beispiel Brig-Glis: 4,5 Zimmer, Haus, 80 m², Erdgeschoss, «kinderfreundlich» Kaufpreis: 1,049 Millionen Franken	Beispiel Brig-Glis: 5,5 Zimmer, 136 m², 2. Stock, «Ihr Eigenheim – natürlich und stadtnah» Kaufpreis: 1,305 Millionen Franken	Beispiel Brig-Glis: 5,5 Zimmer, 168 m², «mit atemberaubender Aussicht» Miete pro Monat: 2'500 Franken	Beispiel Ried-Brig: 4,5 Zimmer, 209 m², 2. Stock, «Neu renoviert» Miete pro Monat: 2'100 Franken	Beispiel Naters: 3,5 Zimmer, 110 m², Erdgeschoss, «lichtdurchflutet in der Kernzone an der roten Meile» Kaufpreis: 685'000 Franken	Beispiel Naters: 4,5 Zimmer, 100 m², 6. Stock, «Wohnen an zentraler Lage» Miete pro Monat: 2'070 Franken inkl. Nebenkosten	Beispiel Visp: 5,5 Zimmer, 209 m², Attika, «Wohnen im Mondpark» Miete pro Monat: 3'950 Franken	Beispiel Saas-Fee: 4,5 Zimmer, 113 m², 3. Stock, «Albit Popcorn Panoramabalkone» Kaufpreis: 1,420 Millionen Franken	Beispiel Leuk: 6,5 Zimmer-Haus; Geschossfläche nicht verfügbar; Baujahr nicht verfügbar Kaufpreis: 1,250 Millionen Franken



Das Wiener Modell Vorbild für Europa

Der soziale Wohnungsbau hat in Wien eine grosse Tradition, die auch im europäischen Vergleich eine Sonderstellung einnimmt. Der Bestand von 220'000 sogenannten Gemeindewohnungen, das ist ein Viertel des gesamten Wiener Wohnungsbestandes, weist eine beinahe hundertjährige Geschichte auf. Diese Mietwohnungen, die nach wie vor im Eigentum der Stadt Wien sind, haben ihren Ursprung in der Periode des «Roten Wien». Im Zuge des ersten Wohnbauprogramms wurden von der damaligen Sozialistischen Stadtregierung zwischen 1923 und 1934 rund 65'000 Wohnungen in 348 Wohnhausanlagen errichtet.

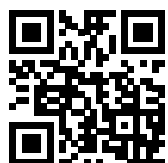
Insgesamt gibt es in Wien 890'000 Wohnungen. 60 Prozent der Wiener Bevölkerung lebt in einer geförderter oder Gemeindewohnung. Denn zusätzlich zu den kommunalen Wohnungen zählt Wien weitere rund 200'000 dauerhaft sozial gebundene Wohneinheiten von Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zum Bestand. Diese wurden und werden nach wie vor mit Mitteln aus der Wohnbauförderung errichtet.

«Ein Bekenntnis zu einer aktiven Wohnungspolitik setzt auch dasjenige zu einer aktiven und vorausschauenden Bodenpolitik voraus. Denn Stadtentwicklung braucht Flächen und leistbarer Wohnbau benötigt vor allem leistbare Grundstücke.»

Michael Ludwig, Bürgermeister von Wien, zum berühmten Wiener Wohnbau-Modell

Wien hat sein Wohnbauprogramm aber an die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen angepasst, die seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 herrschen. Mit dem SMART-Wohnbauprogramm in Kombination mit der Förderschiene «Superförderung» werden bei geförderten Neubauvorhaben mindestens ein Drittel aller Wohnungen als besonders leistbare SMART-Wohnungen errichtet. Diese Wohnungen sind z. T. für Haushalte mit begründetem Wohnbedarf reserviert. Für besonders

einkommensschwache Haushalte können die Rückzahlungsraten für das Superförderungsdarlehen von 0,70 €/m² ausgesetzt bzw. auf 0,35 €/m² reduziert werden. Anstatt also am oberen Ende die Einkommensgrenzen pauschal zu reduzieren, fördert Wien einen Teil der Wohnungen besser, macht diese leistbarer und reserviert sie für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen.



«Das Wiener Modell – der soziale Wohnungsbau in Wien»; Aufsatz von Dr. Michael Ludwig, seit 2018 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien; langjähriger amtsführender Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung (2007 – 2018). ■

PDF-Link:
<https://bit.ly/2NYXcFb>

So geht verdichtetes Bauen im Zentrum von Brig.

Brig braucht Wohnungen in Plus-Energie-Bauten Und keine neuen Einkaufszentren!



RA-Visualisation | Drohne-Aufnahme: levin.studio

Bildquelle: ZOOMVP / Gewinner: «Village im Dritten» in Wien (AT) – competitionline



Im Kampf gegen zu wenige und zu teure Wohnungen:

- 80 Gemeindewohnungen im Tausch gegen den Boden. Gratis.
- 160 Genossenschaftswohnungen.
- 160 Eigentumswohnungen für den freien Markt.

Alles andere als christlich und sozial

Der gelbe Filz verlockt unsinnig Staatsmillionen



Oberwallis | Was haben der verlotterte Hotelkasten «Glacier du Rhône» in Gletsch, die Wohnungsüberbauung «Apollo» in Brig-Glis und die Schweizergarde-Kaserne im Vatikanstaat gemeinsam? Es werden unsinnig, ja illegal Millionen der Walliser Steuerzahlenden verlockt. Bei allen Projekten haben die Christlichsozialen massgeblich die Finger im Spiel. Und überall geht's um lukrative Aufträge, politisches Prestige oder Gottessegen.

Gelber Filz I:

Staatliche Pensionskasse vertreibt 26 Mieter:innen mit Luxus-Sanierung

Die Geschichte um die Apollo-Überbauung in Brig-Glis ist ein ausgewachsener Skandal. 26 zum grossen Teil langjährige Mieterinnen und Mieter, darunter auch Rentnerinnen und Rentner im fortgeschrittenen Alter, verlieren Knall auf Fall ihre Wohnung. Obwohl die 30-jährigen Wohnungen noch relativ gut im Schuss sind und regelmässig teilerneuert wurden, sollen 15 Millionen in die Sanierung gebuttert werden – mehr als eine halbe Million pro Wohnung! Und das ist erst der Anfang. Den Mietern der weiteren 44 Wohneinheiten der Eingänge C, D, E und F droht das gleiche Schicksal.

Es geht ausschliesslich um Gewinnmaximierung

Die vor vollendete Tatsachen gestellten Bewohnerinnen und Bewohner schrieben ihrer Vermieterin, der Pensionskasse des Kantons Wallis: «Wie kann sich eine kantonale Institution erlauben, 26 Parteien auf die Strasse zu stellen!» Und übten empört Kritik: «Die einzige Motivation dieses Projekts ist die Gewinnmaximierung auf Kosten der Mieter.»

Tatsächlich sollen die bestehenden 5 ½-Zimmer-Wohnungen in 2- und 2 ½-Zimmer-Wohnungen umgebaut werden. Das Kalkül ist klar: Erstens spülen mehr kleinere Wohnungen für zahlungskräftige Mieter mehr Geld in die Kasse. Und zweitens können nach der Mietervertreibung die renovierten Wohnungen im Oberwalliser Markt zu massiv höheren Preisen vermietet werden.

Roberto Schmidt & Co. als Übeltäter

Besonders verwerflich ist, dass in einer Zeit, in der im Oberwallis als direkte Folge des Lonza-job-Booms bezahlbare Wohnungen immer knapper werden, der Kanton die prekäre Situation ausnützt, statt dagegen zu steuern.

Wer ist in diesem Fall der Kanton? Nennen wir die Übeltäter beim Namen:

- **Der gelbe Staatsrat Roberto Schmidt (CSPO).** Er ist als Vorsteher des Finanzdepartements auch verantwortlich für das Personalwesen. Gemäss Artikel 1 des Gesetzes über die Pensionskasse des Kantons Wallis (PKWAL) übt der Staatsrat, vertreten durch das Finanzdepartement, neben der BVG-Aufsichtsbehörde die Aufsicht über die Pensionskasse aus und nominiert auch die Arbeitgeber-Vertreter:innen in deren Verwaltungsrat.
- **Die gelbe Ex-Grossrätin und CSPO-Fraktionschefin Graziella Walker Salzmann.** Die ehemalige Unia-Sekretärin ist quasi Schmidts soziales Deckmäntelchen im PKWAL-Verwaltungsrat, wo als weiterer Arbeitgeber-Vertreter aus dem Oberwallis – Welch ein Zufall! – auch der schwarze Leuker Martin Lötscher sitzt, Schmidts Nachfolger im Gemeindepräsidium.
- **Der gelbe Ex-Grossrat und CSPO-Fraktionschef Diego Clausen,** inzwischen nach bewährter Manier im Verwaltungsrat der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG/FMV) versorgt. Clausen, Inhaber des Dreipunkt-Büros, ist der Mann für alle Architektur-Fälle – wenn es also darum geht, mit überbeurten Projekten den gelben



Brig-Glis: Der Umgang der Pensionskasse Wallis mit ihren Mieterinnen und Mietern ist skandalös.

Filz auszustaffieren. Wie im Fall der Gliser Überbauung «Apollo», wo er – oh Wunder! – der Architekt der 15 Millionen-Sause ist.

So ist der Stoff, aus dem der gelbe Filz gemacht ist. Drei Exponenten dieses gelben Filzes sind massgeblich mitverantwortlich, wenn nun in Brig-Glis in Etappen über 60 Mieterinnen und Mieter aus ihren vertrauten Wohnungen vertrieben werden.

Wer ist die PKWAL?

Die Pensionskasse des Kantons verwaltet die Ansprüche von rund 20'000 aktiven und pensionierten Staatsangestellten. Dazu gehören ein Vermögen vom 6,9 Milliarden Franken und ein Immobilienbestand von 375 Millionen Franken.

Gemäss Geschäftsbericht 2021 besass die PKWAL insgesamt 21 Liegenschaften mit 753 Wohnungen und 67 Büro-Geschäftsräumlichkeiten.

Gelber Filz II:

Das Grand Hotel «Glacier du Rhône» in Gletsch wird zum Fass ohne Boden

Im Mittelalter war das grosse Rhonegletscher-Becken von Grat zu Grat im Besitz des Bischofs von Sitten. Schon damals angeblich knapp bei Kasse versilberte er den riesigen Besitz an die Pioniere der späteren Blitzinger Hotel-Dynastie der Seiler, die ab 1850 Gletsch und das 500 Meter höher gelegene Belvédère zu einem touristischen Anziehungspunkt gestalteten. Das Grand Hotel «Glacier du Rhône» samt der Dépendance, dem «Blauen Haus», und das Hotel «Belvédère» wurden während des aufkommenden Alpenpass-Tourismus der Belle Époque schweizweit zu einer der ersten Adressen der Reichen und Schönen.

Das war einmal. Wie der Rhonegletscher schwand auch die zahlungskräftige Kundschaft. Schon in den 1950er-Jahren erkannte der damals geschäftsführende Erbe und Bankier des Seiler-Clans, Hermann Seiler, dass ein Hotelbetrieb, der witterungs- und lagebedingt nur dreieinhalb Monate offengehalten werden kann, langfristig nicht überlebensfähig ist.

Die Ära des gelben Filzes beginnt mit Hans Wyrer

Mit der Überführung des Hotels und der Liegenschaften in die Immobilien Gletsch AG schlug bald einmal in Gletsch die Stunde des gelben Filzes mit Millionen-Investitionen des Kantons im Gleichschritt mit dem wirtschaftlichen Niedergang.

- **Der gelbe Staatsrat Hans Wyrer,** Finanz- und Energieminister von 1977–1993, kaufte 1984 der Familie Seiler Gletsch mit allem Drum und Dran ab. Er träumte von einem Kraftwerk und einem Stausee in Gletsch, in dem das «Glacier du Rhône» versunken wäre. Daraus wurde bis heute trotz unzähligen Planungsübungen nichts – und es wird auch in Zukunft nichts draus werden.
- **Der gelbe Staatsrat Wilhelm Schnyder,** Wyers Nachfolger im selben Departement, wurde nach seinem Ausscheiden aus der Regierung



Gletsch: Hotel Belvédère als eine der ersten Tourismus-Adressen für die Reichen und Schönen – das war einmal ...

2005 Präsident der Immobilien Gletsch AG, wo er vom – natürlich gelben – Gommer Vizepräsidenten Hans Hallenbarter als Geschäftsführer sekundiert wurde. Ausser Aufträgen vorzugsweise an die eigene Parteiklientel für kosmetische Sanierungen an der Fassade, auf dem Dach und in ein paar höher gelegenen Zimmern, in die auch nach der Dachreparatur das Regen- und Schneewasser hineintropfte, sowie diversen Studienaufträgen hatte der gelbe Filz wenig zu bieten. Das gilt auch für Ex-CVP-Staatsrat und Rechtskatholik Jean-René Fournier, der seit 2017 die marode AG präsidiert.

- **Nun versucht der gelbe Staatsrat Roberto Schmidt,** ebenso Chef des Finanz- und Energiedepartements, seine Vorgänger beim Geld Verlocken in Gletsch zu übertrumpfen. 13 Millionen Franken will Schmidt in Gletsch investieren. Wer den Betrieb und die Ertragsrechnungen kennt, weiss nur zu gut: In Gletsch schaut Ende Sommersaison nicht einmal eine schwarze Null heraus, selbst wenn der Kanton die Investitionen samt Zinsen und Amortisationen aus der eigenen Kasse zahlt.



Aufgebrachte Hoteliers – dumm verkaufte Steuerzahlende

Die Gommer Hoteliers sind ob der staatlich hoch subventionierten Konkurrenz zu Recht aufgebracht. Und die Steuerzahlenden werden sich spätestens dann grün und blau ärgern, wenn sie erfahren, wie liederlich die weiteren 13 Millionen Franken in den Gletschersand gesetzt werden.

Jedenfalls sind die inkompetenten Bastler des Finanz- und Baudepartements, die von Tourismus und Hotellerie so viel verstehen wie ein Hahn vom Eierlegen, bereits eifrig am Studieren, wie man Gletsch definitiv in den Ruin wirtschaften kann. So wird die einzige noch einigermaßen erhaltene Einstellhalle geschlossen, um an ihrer Stelle ein paar Parkplätze einzurichten, die sich bisher direkt vor dem Hotel befanden. Sie sollen verschwinden, damit dort ein englischer Garten geschaffen werden kann. Für lächerliche 25 Zimmer in einem Hotel, das in seinen besten Zeiten 320 Gäste beherbergen konnte.

Wie man sieht: Auch Dummheit und Blödsinn können kreativ sein – wenn andere die Rechnung dafür zahlen. >



Gelber Filz III:

Schwer zu glauben: Der Vatikan unterhält eine päpstliche Garde, der er keine Unterkunft zu geben vermag.

1 Million illegal für die Gardekaserne im intransparenten Vatikan

Keine Frage: Wir sind alle auf irgendeine Weise stolz auf unsere reisläuferisch getrachteten Schweizergardisten in Rom. Und uns einig: sie verdienen eine anständige Unterkunft im Vatikanstaat. Gebäude und zur Schau gestellter Protz und Prunk gibt es dort weiss Gott genug. Und die Kurie mit ihren 4000 Beschäftigten sollte aus eigener Kraft in der Lage sein, den Gardisten einen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, der diesen Namen verdient.

Muss der Kanton für die Kaserne der Schweizergarde wirklich eine Million nach Rom überweisen? Und das erst noch auf eine höchste krumme Tour. «Ein Skandal - und illegal!», kommentierte Beat Jost die staatsrätliche Spendierlaune in den sozialen Medien. Was sogar die NZZ zu einem ganzseitigen Beitrag anstachelte.

Hinter der Kasernen-Subvention im Ausland steckt der gelbe Staatsrat Roberto Schmidt, ein Gottgläubiger, der im Wahlkampf nahezu keine Kirche und keinen Kirchenchor auslässt. Der trickreiche Schmidt bediente sich in diesem Fall am speziellen, gut dotierten Hilfsfonds der Loterie Romande, der eigens für den Staatsrat reserviert ist.

Im Reglement «betreffend die jährliche Verteilung der dem Hilfsfonds des Staatsrates zugeteilten Gewinne der Loterie Romande» ist der Zweck der Gelder klar geregelt:

- **Artikel 1:** Die dem Hilfsfonds des Staatsrates zugeteilten Gewinne der Loterie Romande werden an gemeinnützige Institutionen oder Projekte verteilt. Sie dürfen ausschliesslich der

Ermöglichung oder Erleichterung gemeinnütziger Tätigkeiten dienen.

- **Artikel 3:** Als gemeinnützig gelten nicht-gewinnorientierte Institutionen, die, ohne einen Meinungs-, Ideologie- und Glaubenszwang auszuüben, dem Gemeinwohl dienen. Als gemeinnützig gelten Projekte, die einen sozialen Zweck erfüllen und geeignet sind, die Lebensbedingungen der gesamten oder eines Teils der Bevölkerung zu verbessern, sowie Tätigkeiten, die im Dienst des Gemeinwohls das gesellschaftliche Leben, die Bildung, das kulturelle Leben oder die wissenschaftliche Forschung fördern sollen.

Es braucht sehr viel Fantasie, um zu begründen, was an der Unterbringung der Schweizergarde in Rom und an ihren Wachdiensten für den Papst und die Kurienkardinäle gemeinnützig ist. Und dass die Gardisten ihre Arbeit ohne Meinungs-, Ideologie- und Glaubenszwang vonseiten ihrer Chefs ausüben, kann erst recht niemand glauben und verstehen.

Für den Eintritt in den Petersdom und die Sixtinische Kapelle bezahlt man 21 Euro. Täglich besuchen 20'000 Touristen die Sehenswürdigkeiten im Vatikan. Nach 100 Tagen schon ist die 40 Millionen teure Schweizergarde-Kaserne bezahlt - der Millionen-Beitrag aus dem Wallis sogar bereits nach zweieinhalb Tagen.

Roberto Schmidt hätte das Geld anders einsetzen müssen. Sein Vorgehen ist durch das bisschen zusätzlichen Gottessegens nicht zu rechtfertigen. ■



Kasernen-Postulat von Claudia Alpiger u. a.

Für den Grossen Rat nicht dringlich

Die SP-Abgeordnete Claudia Alpiger hat am 9. September im Grossen Rat zusammen mit Clément Borgeaud (SP), Carole Morisod (Grüne) und Dieter Stoessel (FDP) ein dringliches Postulat zu «1 Mio. Fr. für die Kaserne der Schweizergarde in Rom» eingereicht.

Zusammengefasst forderten die Parlamentarier, dass der Staatsrat die in Aussicht gestellte Spende rückgängig macht:

In Anwendung von Art. 8 Bst. d) des «Reglements betreffend die jährliche Verteilung der dem Hilfsfonds des Staatsrates zugeteilten Gewinne der Loterie Romande», welcher besagt, dass auf Spendengesuche für Aktivitäten mit einem ausgeprägten politischen oder konfessionellen Charakter nicht eingetreten werden darf, soll dem Spendengesuch der «Stiftung für die Renovation der Kaserne der Päpstlichen Schweizergarde im Vatikan» nicht Folge geleistet werden. Der Staatsrat wird aufgefordert, die in Aussicht gestellte Spende von 1 Mio. Fr. rückgängig zu machen und den Hilfsfonds nur für die dafür definierten Zwecke zu nutzen.

Zudem soll der Staatsrat in Zukunft transparent darlegen, für wen die Gelder aus dem Lotteriefonds für Hilfsaktionen gespendet werden sollen. Eine transparente Kommunikation der gespendeten Gelder erlaubt indes eine Kontrolle, ob das Reglement bzw. die Verordnung eingehalten werden.

Das Büro des Grossen Rates weigerte sich, das Postulat als dringlich zu behandeln. Die Heimatschutz-Devise für Staatsrat Roberto Schmidt & Co: «Sauhäfeli - Saudeckeli».

Bildquelle: YouTube



Nie vergessen

Der Gemeindepräsident von Simplon-Dorf und der Präsident der Bergalpe Simplon waren in den letzten Jahren Gummibälle in den Händen des VBS.

Beide haben dem Bau einer Panzerpiste zugestimmt. Gegen ein lächerliches Butterbrot. Sie stünden wie begossene Pudel da, wenn der Journalist Martin Meul sie nicht gegen besseres Wissen schützen würde.

An der Informationsversammlung in Simplon-Dorf fehlte - wen kann das überraschen? - Christian Perrig, der Präsident der Bergalpe. Und auch sonst war vom Vorstand niemand da.

Die gescheiterten Verräter der Interessen des Simplons sassen in ihren Stammbeizen in Ried-Brig und Brig-Glis. Und nuggelten an ihren Ballons.

Schritt 1: Panzerpiste weg

Der Widerstand hat sich in Teilen gelohnt. Die Panzerpiste ist weg. Niemand muss mehr im Kreis herumrasen, um aus fahrenden Radpanzern heraus den städtischen Strassenkampf zu üben.

Der Krieg in der Ukraine lehrt alle Interessierten: Neue Waffensysteme setzen sich gegen bisherige durch.

- Die Himars-Raketensysteme der Amerikaner schießen 300 Kilometer weit. Vom Gampisch bis nach Monaco. Mit Drohnen stellt man fest, wo sich feindliche Stellungen befinden. Diese Daten speist man in die Rechner der eigenen, mobilen Artilleriefahrzeuge ein. Und dann feuern die eigenen Leitstellen vollautomatisch. Nach dem Abschuss kontrollieren die Drohnen, ob man getroffen hat oder nicht. Eine auf

einem Radpanzer installierte Himars-Batterie kostet 6 Millionen Franken. 20-mal weniger als ein Tarnkappenbomber. Umgekehrt muss man für jeden Schuss, für jede Rakete 150'000 Franken bezahlen. Die Folge: Niemand übt den scharfen Schuss.

- Die Russen setzen iranische Kamikaze-Drohnen ein. Diese können mit 120 Kilometern pro Stunde 2'500 Kilometer weit fliegen. Das heisst 4-mal um die ganze Schweiz. Oder mal kurz nach Moskau.

Die amerikanischen Raketenwerfer sind den russischen meilenweit überlegen. Technik von morgen siegt über die Technik von gestern. Deshalb gewinnen zurzeit die Ukrainer gegen die Russen. Die Schweizer Artillerie ist eine Putin-Artillerie. Bevor auf dem Simplon die Bagger auffahren, ist die heute benutzte Artillerie Schrott von gestern.

Einst wurden Pius Rieder und Escher German verurteilt, weil der Walliser Bote über den Bau einer schweren Minenwerfer-Stellung in Oberwald berichtet hatte. Heute hat die Armee alle entsprechenden Minenwerfer-Stellungen für immer eingemottet. Auch jene auf der Simplon-Nordseite.

Schritt 2: Materialbilanz

Bisherige Artilleriegeschosse beinhalten mehr oder minder seltene Metalle. Diese knallte man in die Landschaft des einst schönsten Passes der Alpen. Längst hätte man die Forderung des Vereins «Schutzverband gegen Militärpräsenz bei uns» (Mischu), erfüllen und jedes Jahr klar bilanzieren müssen:

- Wie viele Kilos verschießt die Armee jedes Jahr im Simplongebiet?



Bildquelle: rittiner-gomez.ch

Gemälde von Rittiner & Gomez: Diese Landschaft darf man nicht mit seltenen Metallen vergiften.

- Wie viele oder wie wenige Kilos sammelt die Armee wieder ein?
- Wie gross ist die Differenz auf Kosten der Umwelt?

Vor mehr als 20 Jahren streifte der Sempeler Künstler Rittiner & Gomez Hunderte von Kilometern durch das Simplongebiet. Auf der leider meist erfolgreichen Suche nach Munitionsresten.

Der technische Fortschritt kann auch in Übergangszeiten allen dienen. Bis das VBS kapituliert hat,

Schon massiv besser, aber noch nicht gut genug. Im Zeitalter der digitalen Kriegsführung muss niemand mehr auf dem Simplonpass herumschiessen. Das kann man - wie die Ausbildung von Linienpiloten bei der Swiss - in Simulatoren organisieren. Die Soldaten der digitalen Artillerie können und müssen im Barral-Haus schlafen. Und an Simulatoren lernen, wie man Himars-Raketenwerfer und Kamikaze-Drohnen steuert.

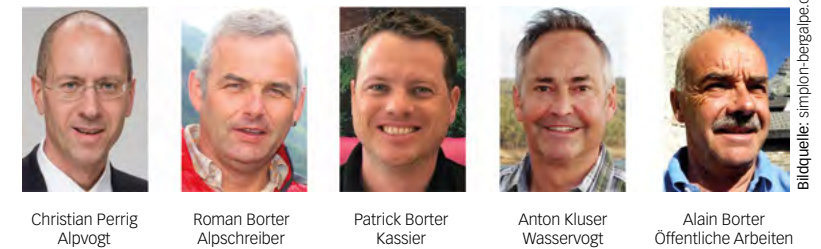
müssen sinnvollerweise tieffliegende Drohnen mit Metalldetektoren das Gebiet durchqueren. Finanziert von jenen Umweltschützern, die in Spendengeldern schwimmen. Die Rote Anneliese ist bereit, sich an den Kosten dieses Experimentes «Drohnen gegen Viola» mit 2'000 Franken zu beteiligen.

Schritt 3: Simplon Solar

Überall im Oberwallis schiessen Projekte für Solaranlagen aus dem Boden. Wenn Brigitte Wolf Einsprachen zusammen mit lokalen Opponenten organisiert, wird bis 2025 mit keinem einzigen Bau begonnen.

Auf dem Gebiet der Simplon Bergalpe gibt es einige nicht einsehbar Lagen, die sich durchaus eignen würden. Da sich die Mega-Sleeper vom Vorstand der Bergalpe nicht bewegen werden, braucht es absehbar Dritte, die Bewegung ins Spiel bringen. Noch besser wäre es, wenn das VBS jenen Strom, den es schweizerisch verbraucht, umweltfreundlich auf der Alpensüdseite produzieren würde. ■

Schlaf, Perrig, schlaf, die Einsprecher hüten den Pass



Christian Perrig Alpvogt, Roman Borter Alpschreiber, Patrick Borter Kassier, Anton Kluser Wasservogt, Alain Borter Öffentliche Arbeiten

Von ihnen war niemand an der Informationsversammlung im Schulhaus in Simplon-Dorf. Das Briger Ober-Lama Christian Perrig hat die ganze Geteilschaft eingeschlafert.

Er gehört zum Zweig der noblen Perrig ohne Pfupf im Hintern. Die einstigen Befürworter der Panzerpiste werden auch die zweite Chance verpassen. ■

Bildquelle: simplon-bergalpe.ch

Eigenwillig und widerständig verteidigte die Frau aus Evolène auch das Recht auf Abtreibung

Marie Métrailler – Feministin in Walliser Tracht

Die unverheiratete Marie Métrailler aus Evolène hat weit über das Wallis hinaus Bekanntheit erlangt als Frau, die regionale Sagen mit Religionen und Philosophien aus verschiedenen Weltgegenden zu verknüpfen wusste. Aber ebenso als Frau, die sich der Autorität der Kirche nicht beugte und aus Solidarität mit Frauen entgegen dem strikten Verbot der katholischen Kirche sogar das Recht auf Abtreibung verteidigte. Ein Recht, das nun ausgehend von den USA, selbst in der Schweiz wieder in Frage gestellt wird.

Elisabeth Joris

In den USA wirft der Entscheid des *US-Supreme-Court* zurzeit hohe Wellen. Fast fünfzig Jahre zuvor hatte dasselbe Gericht mit dem Leiturteil *Roe versus Wade* das Recht auf Abtreibung als verfassungsmässig verankert. Nun wurde dieses Recht gekippt. Neu kommt jedem der fünfzig Gliedstaaten die Befugnis zu, Abtreibungen per Gesetz oder Verfassung zu verbieten.

Abtreibung als Politikum in den USA ...

Bereits hat eine ganze Reihe republikanisch dominierter Gliedstaaten Paragraphen zum gänzlichen oder teilweisen Verbot der Abtreibung erlassen. Und das gegen den Willen der grossen Mehrheit der Frauen, die landesweit gegen das Urteil des Obersten Gerichtshof demonstrieren. Selbst im streng konservativen Staat Kansas hat sich Anfang August die Bevölkerung in einer Abstimmung gegen ein Verbot ausgesprochen. Zudem haben sich in einigen demokratisch dominierten Staaten Behörden öffentlich dazu bekannt, Frauen aus anderen Staaten, denen wegen eines Schwangerschaftsabbruchs in Zukunft hohe Strafen drohen, den Zugang zur Abtreibung zu ermöglichen.

Der Schwangerschaftsabbruch steht in den USA seit den 1970er Jahren auf der politischen Agenda. Die Stellungnahmen waren primär durch die konfessionelle Zugehörigkeit und nicht über die Partei-

linie definiert. Insbesondere die streng evangelikale Bevölkerung orientierte sich bezüglich ihrer Unterstützung von politischen Exponentinnen und Exponenten an deren Willen, das verfassungsmässige Recht auf Abtreibung zu kippen. Um diese Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen, vertrat die republikanische Partei zunehmend deren radikale Position. Mit der

«... jede Frau hat das Recht der freien Wahl. Es ist ihr Körper, ihr Problem»

... und im Wallis

Wie in den USA stand auch in Europa unter dem Einfluss der neuen Frauenbewegung die Abtreibung seit den 1970er Jahren auf der politischen Agenda, ganz gegen den Willen der katholischen Kirche, die sich selbst gegen jegliche Verhütungsmittel aussprach. Mit der Enzyklika *Humanae Vitae* bekräftigte

Papst Paul VI. vor dem Hintergrund der erst neu verbreiteten Anti-Baby-Pille ausgerechnet 1968, im Jahr des politischen Aufbruchs, dieses strikte Verhütungsverbot.

Wohl wissend, dass auch in der katholischen Bevölkerung das Verbot umstritten war, öffnete Marco Volken als Redaktor des *Walliser Bote* die Zeitung für diese Auseinandersetzung. Auf Betreiben des Bischofs und einflussreicher konservativer Politiker wurde der Diskussion abrupt ein Ende gesetzt. Marco Volken musste gehen. Die Walliserinnen protestierten nicht – oder nur unterschwellig: Entgegen dem kirchlichen Verbot entschieden sie sich für Verhütungsmassnahmen. Die Geburtenraten sprechen eine deutliche Sprache. Auch im Oberwallis sanken sie in den 1970er Jahren rasant. Doch über Verhütung wurde kaum noch öffentlich diskutiert, und noch viel weniger über die Legalisierung der Abtreibung.

Kinder oder keine – entscheiden wir alleine

Eine 1971 von der Berner Frauenrechtlerin Anne-Marie Rey lancierte Verfassungsinitiative verlangte die Streichung der Paragraphen zur Abtreibung im Strafgesetzbuch. Breit unterstützt wurde das Anliegen von jungen Feministinnen der neuen Frauenbefreiungsbewegung. «Kinder oder keine – entscheiden wir alleine», so ihre Parole.

Parlament und Bundesrat lehnten die Entkriminalisierung klar ab. Die als Alternative zur Initiative eingereichten Gesetzesvorschläge von der medizinischen über die soziale Indikation bis zur Fristenlösung erhielten keine Mehrheit. Schliesslich wurde von den Befürworterinnen der Abtreibung die ursprüngliche Entkriminalisierungsinitiative zugunsten der neuen Fristenlösungsinitiative zurückgezogen. Im September 1977 sprach sich eine äusserst knappe Mehrheit der Stimmentenden und ein klares Ständemehr gegen die Fristenlösung aus. Entscheidend war das Resultat in den katholischen Kantonen.

Es sollte noch ein Vierteljahrhundert dauern, bis die von einer Mehrheit der stimmberechtigten Frauen seit langem befürwortete Fristenlösung 2002 schliesslich gesetzlich verankert wurde. Dank auch der Kehrtwende der CVP-Frauen unter ihrer Präsidentin, der Walliserin Brigitte Hauser-Süess. Unbeeindruckt von den erbosten CVP-Männern, die im Parlament gegen die Abtreibung votierten, befürworteten sie nun die Fristenlösung. Marie Métrailler würde es freuen. Denn noch weit entschiedener als andere Walliserinnen stellte sie sich



Foto: ZVG

Marie Métrailler: «Die Weise von Evolène» war auch eine erfolgreiche Unternehmerin, die sich autodidaktisch ...



Foto: ZVG

... das Weben beibrachte.

der Vorherrschaft der Männer und dem alleinigen Wahrheitsanspruch der katholischen Kirche entgegen.

Marie Métrailler und das Recht auf Abtreibung

Noch weit über die 1970er Jahre wagte im Wallis kaum jemand, öffentlich für die Legalisierung der Abtreibung einzutreten. Ausgenommen von Diskussionen am *Festival von Sapinhaut*, dem vom Kritischen Oberwallis und der Roten Anneliese Mitte der 1970er Jahre mitorganisierten Open-Air auf einer Alp oberhalb Saxon, wo auf der Bühne über Songs, Theater und

auf Podien über politische Fragen debattiert wurden. Und eben auch von Marie Métrailler – als grosser Ausnahme unter den Walliserinnen.

In den Jahren von 1974 bis zu ihrem Tod 1979 führte die Lausanner Journalistin Marie-Magdeleine Brumagne lange Gespräche mit der eigenwilligen Frau aus Evolène. Dabei sprach sich Marie Métrailler entgegen dem Willen von Bischof und Papst ebenso klar für das Recht auf Verhütung aus, wie auf das Recht einer Schwangeren, ein Kind austragen zu wollen oder nicht.

Wenn auch nicht in so drastischen Worten wie die jungen Feministinnen vertrat sie bezüglich Abtreibung dieselbe Meinung. Obwohl sie im Grunde keine Befürworterin des Schwangerschaftsabbruchs war: «Nicht dass ich dafür plädierte, das wäre gegen meine Überzeugungen, aber ich meine, jede Frau hat das Recht der freien Wahl. Es ist ihr Körper, ihr Problem.»

Solange Frauen den Männern untergeordnet seien, Sexualität und die Folgen einer ungewollten Schwangerschaft fast ausschliesslich von den betroffenen Frauen getragen würden, war Marie Métrailler die freie Entscheidung der Schwangeren für oder wider das Kind zentral. Vor allem auch, weil selbst in diesen Fragen fast ausnahmslos Männern Macht zukam: als sexuell Involvierte, aber auch als Politiker und Priester. Sie stiess sich insbesondere an der Haltung der Kirche, die in der Frau vornehmlich ein Instrument der Sünde sah, gleichzeitig die Sexualität tabuisierte und diese mit dem steten Hinweis auf die Keuschheit als wichtigstes Gebot ständig heraufbeschwor. Dagegen wehrte sich Marie Métrailler mit Ironie, mit

Wut, mit Argumenten auch, die sie ebenso aus ihren Erfahrungen wie aus der Lektüre unzähliger Bücher schöpfte.

Mut zur Widerständigkeit

Die «Weise von Evolène», wie Marie Métrailler weit über das Val d'Hérens hinaus genannt wurde, zeigte sich gleichermaßen eigenwillig wie unerschrocken. Eine Feministin *avant la lettre*. Sie liess sich das Denken nicht verbieten, ordnete sich weder weltlichen noch kirchlichen Autoritäten unter, prangerte unerschrocken Bigotterie und Doppelmoral an, die sie vor allem in der milden Beurteilung sexueller Fehlritte und Übergriffe von Männern sah.

Geboren 1901 lernte Marie Métrailler früh, mit harter Arbeit zum Unterhalt der Familie beizutragen. Schon als junge Frau erfuhr sie selber verschiedentlich Benachteiligungen aufgrund ihres Geschlechts. Antrieb für sie zur Selbstständigkeit. Sie wusste ihr Ersparnis einzusetzen, wurde Unternehmerin, erfolgreiche Unternehmerin. Autodidaktisch brachte sie sich das Weben bei, baute im Parterre des eigenen stattlichen Hauses ein Webatelier ein und führte an der Hauptstrasse von Evolène einen Laden.

Immer in der Tracht von Evolène – Aushängeschild ihrer Zugehörigkeit zum Tal und seinen Traditionen – bediente sie in ihrem Geschäft Kundinnen und Kunden,

«Denkt auch an euch, sonst endet ihr verbittert»

begrüsste Bekannte und Neugierige aus halb Europa. Über den Westschweizer Schriftsteller René Morax, der im Sommer 1937 regelmässig bei ihr zu Mittag ass, schloss sie bald auch Bekanntschaft mit Persönlichkeiten aus Theater, Radio und Philosophie sowie mit Persönlichkeiten der verschiedensten Kunstrichtungen. Stundenlang redete sie mit ihnen über Gott und die Welt, über den Einfluss der Kelten im Wallis, über Buddhismus und

› christlichen Jenseitsglauben, über Heilkräuter und Essgewohnheiten. Sie wusste das Göttliche in der Natur wie in allen kulturellen Traditionen und Religionen zu erkennen, die alten Sagen mit Mythen aus unterschiedlichen Weltgegenden zu verknüpfen, immer mit kritischem Blick. So spielte nach ihr im katholischen Wallis in vielen Sagen der Teufel eine grosse Rolle. Zeichen seines Einflusses wurden überall in der Natur gesehen, auf Steinen, Gletschern und vielem mehr.

Auch wenn diese Sagen Erklärungen für alltägliche Erfahrungen boten, hatte der Rückgriff auf den Teufel für Marie Métrailler eine machtpolitische Dimension. Die Drohung mit der ewigen Verdammnis sollte die Leute – und insbesondere die Frauen – zu Gehorsam und Unterordnung zwingen. «Heilsam konnte ich sie nie finden, jene Angst», so Marie Métraillers Kommentar. Argumente mussten einleuchten, Infragestellungen standhalten. Die vom Katechismus genährten, von Pfarrern und Volksmissionaren verbreiteten Glaubenssätze genügten ihr nicht, boten zu wenig «Brot fürs Leben». Sie setzte ihre Vorstellungen des Göttlichen selbst zusammen, besuchte die Kirche nicht mehr und galt im Tal bald als ungläubig.

Frauensolidarität

«Kein Widerspruch zwischen Leben und Überzeugung», das war im Gegensatz zur herrschenden Doppelmoral die Leitschnur von Marie Métrailler. Daher bewunderte sie die Frühsozialistin Flora Tristan, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts international für die Arbeiterinnen einsetzte. Oder die Anarchis-

tin Louise Michel, die 1870/71 auf Seiten der Kommunarden in Paris gegen die angreifenden Preussen kämpfte. Vor allem aber galt ihre Zuwendung der Widerständigkeit von Frauen aus ihrem dörflichen Umfeld. In der Berglandwirtschaft hatten Frauen nach Marie Métrailler viel mehr Arbeit zu leisten als Männer: im Haus, im Garten, auf dem Feld, im Stall. Dazu Spinnen und Weben von Leinen und Wolle, ständiges Nähen, Flickern und Stricken. Und immer wieder schwanger. Keine Zeit zum Tratschen auf der Strasse, ganz im Gegensatz zu den Männern. Trotz der vielen Arbeit verfügten die meisten Frauen aus dem Dorf lange über kein eigenes Geld, sie waren abhängig von Männern. Einer solchen Abhängigkeit verweigerte sich Marie Métrailler nicht nur persönlich, sondern sie suchte Wege, um Frauen aus dem Val d'Hérens zu einer gewissen

Selbstständigkeit zu verhelfen. Dazu gehörte für sie unausweichlich Geld, über das Frauen selber entscheiden konnten.

Ihre finanzielle Unabhängigkeit hatte sich Marie Métrailler selbst erarbeitet. Auf den Gestellen ihres winzigen Ladenlokals türmten sich handgewobene Stoffe aus Leinen

und Hanf. Gewoben wurden sie auf den Webstühlen in ihrem Atelier, wo sie auch die Rohmaterialien in unzähligen Schachteln unterbrachte. Einen Teil ihrer Aufträge gab sie bald anderen Frauen im Tal weiter. Über 250 kamen im Laufe der Jahre so zu einem eigenen Einkommen. Sie konnten sich damit gleichzeitig ihre Stellung im Dorf und gegen-

über dem Ehemann verbessern. Es sollte Marie Métraillers Vermächtnis bleiben.

Marie Métraillers Vermächtnis

1979 starb sie, bevor das Buchprojekt mit der Lausanner Journalistin zu Ende geführt wurde. Begraben liegt sie auf dem Dorffriedhof von Evolène. Das Atelier wurde bis 1990 noch von einigen Frauen genutzt, versank dann im Dornröschenschlaf. Nun erwacht es dank ihrer Grossnichte Denise Métrailler zu neuem Leben. Diese initiierte 2017 die *Fondation Marie Métrailler*, die das zum Verkauf ausgeschriebene Haus erstand. Dank der finanziellen Unterstützung durch verschiedene politische und kulturelle Institutionen, unter anderem auch durch die Schweizer Berghilfe, konnte der Kauf und die Wiedereröffnung des Ateliers realisiert werden. Nun klappern die Webstühle wieder. Geboten werden Kurse in Handweberei, dazu in Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Verband der Weberinnen und Weber sowie der Textilkunstschule Filambule in Lausanne sogar ein mehrjähriger handwerklicher Ausbildungsgang.

Marie Métrailler würde sich freuen. Es ist zu wünschen, dass zusammen mit der Wiedereröffnung des Ateliers auch ihre Eigenwilligkeit und Unabhängigkeit im Denken im kollektiven Gedächtnis haften bleibt, als Aufruf zu Solidarität mit Frauen, als Mut zur Widerständigkeit. Zur Widerständigkeit auch gegen die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung, die gegenwärtig in der Schweiz mit zwei Volksinitiativen aus rechten und evangelikalen Kreisen versucht wird. ■



Atelier de tissage: Das wiederbelebte Weberei-Atelier im Parterre ...

Foto: Claude Bernard



... des Hauses von Marie Métrailler.

Foto: Homepage

Empfohlen: Buch

Die Reise der Seele. Die Lebensgeschichte der Marie Métrailler, hrsg. von Marie-Magdeleine Brumagne, aus dem Französischen übersetzt von Pierre Imhasly, Zürich 1982.



Film

Film aus der Serie *Films Plans-Fixes*:
Marie Métrailler – Tisserande d'Evolène
www.plansfixes.ch/films/marie-metrailler/

Unterstützt von der Schweizer Berghilfe
www.berghilfe.ch



Foto: Claude Bernard

Das Weberei-Atelier der Marie Métrailler

Die im Herzen des Dorfes Evolène im Val d'Hérens gelegene Weberei schloss ihre Tore Ende der 1990er Jahre. Knapp 30 Jahre später taten sich mehrere Frauen aus der Region zusammen. Ihr Ziel: das geschichtsträchtige Atelier aus dem Dornröschenschlaf wecken und die Weberei-Tradition wiederbeleben. So gründeten sie 2017 die «Fondation Marie Métrailler». Der Name ist eine Hommage an Marie Métrailler, die charismatische Gründerin und langjährige Betreiberin der Handweberei.

Die 1979 verstorbene Marie Métrailler war eine bemerkenswerte Persönlichkeit und weitsichtige Unternehmerin. Einen Teil ihrer Arbeit gab sie anderen Frauen im Tal weiter. Über 250 von ihnen konnten so ein Zusatzeinkommen erwirtschaften und gleichzeitig ihre soziale Stellung verbessern. In den Augen von Marie Métrailler wurde eine Frau, die nicht arbeitete, nicht respektiert. Stiftungspräsidentin Denise Métrailler war sich lange nicht bewusst, welche grosse Bedeutung ihre Grosstante für die Region hatte. Sie erinnert sich jedoch an einen Ratschlag, den sie den Frauen

gab: «Denkt auch an euch, sonst endet ihr verbittert.» Erst viel später, als ihr eine jung verwitwete Frau erzählte, wie sie dank der Heimarbeit ihre fünf Kinder ernähren und aufziehen konnte, wurde Denise klar, wie stark sich das Engagement ihrer Grosstante auf das Leben der Frauen im Tal ausgewirkt hat.

Die Weberei stellt auf handwerkliche Weise Polsterstoffe her, wie Tischläufer, Tischsets, Tischdecken, Tischsets, Schals, Stolen, Teppiche, Vorhänge, Tagesdecken usw. sowie Stoffe für die Herstellung von Kleidung, einschliesslich einiger Elemente der traditionellen Evolénard-Tracht, oder jede Kreation auf Bestellung. Die Kreationen sind insbesondere von der Arbeit von Marie Métrailler inspiriert, deren Leben in der Werkstatt hervorgehoben wird.

- In der Werkstatt werden Vorführungen, Webeinührungskurse sowie Besuche organisiert.
- Der Workshop ist auch ein Rahmen für Treffen und Austausch rund um das materielle und immaterielle Erbe des Val d'Hérens.



Elisabeth Joris

Dr. phil., geboren 1946 in Visp, Mitglied des Kritischen Oberwallis (KO) seit den Anfängen und regelmässige Autorin der Roten Anneliese, lebt als frei schaffende Historikerin in Zürich. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Seit der von ihr zusammen mit Heidi Witzig 1986 herausgegebenen Quellensammlung «Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz», ein Standardwerk und Longseller, hat sie zahlreiche Beiträge und mehrere Bücher zu ihrem Kernthema veröffentlicht, ebenso zu Aspekten der Migration und zur Entwicklung im Alpengebiet.

Dicke Eier



SBB und BLS tricksen: Darum fahren wir tarifmässig immer noch über die Lötschberg-Bergstrecke

Die Tochter eines Rote Anneliese-Lesers, die in Portugal lebt, fuhr beim Heimurlaub fleissig mit der Bahn kreuz und quer durch die Schweiz. Und wunderte sich. Ihr ist aufgefallen, dass mitunter längere Strecken viel billiger und kurze Strecken vergleichsweise viel teurer sind. Systematisch verglich sie auf ihren Zugfahrten Reisezeiten, Streckenkilometer und Bahntarife (siehe nachstehende Tabelle).

Besonders stiess sich die Heimweh-Walliserin daran, dass die Fahrt von Bern nach Brig durch den Neat-Tunnel gleichviel kostete wie die Reise über die alte Lötschbergstrecke via Kandersteg und Goppenstein. Dabei ist die Bergstrecke 24 Kilometer länger und die Reise dauert statt 77 Minuten 114 Minuten. Sie fand dafür keine plausible Erklärung.

Auch die SBB taten sich mit einer plausiblen Erklärung schwer und wiesen erst einmal auf die Bestimmungen der Bahn-Bürokratie: «Die aufgeführten Strecken unterliegen den Tarifbestimmungen des Nationalen Direkten Verkehrs der Alliance SwissPass (Übersicht der Tarife und Vor-

schriften - Alliance SwissPass) und sind im vorliegenden Fall im Tarif «601 Allgemeiner Personentarif» beziehungsweise im Tarif «603 Preise und Wegvorschriften SBB» festgehalten.»

Um dann mehr oder minder gewunden einzuräumen:

- Die Tarifkilometer können dabei von den effektiven Distanzen abweichen. Diese sind grösstenteils auch historisch gewachsen.
- Je nach Sparte und Transportunternehmen weichen die Tarifkilometer teilweise stark von den effektiven Distanzen ab. Bei der SBB sind diese Abweichungen verhältnismässig gering, da es der SBB erst mit einem Bundesratsbeschluss von 1977 überhaupt möglich wurde, ihre Tarifkilometer nach Angebot und Qualität zu entwickeln.

Ein spezieller Fall ist tatsächlich die Lötschbergstrecke. Hier fahren alle Reisenden, ob unten im Neat-Tunnel oder oben auf der viel längeren Bergstrecke noch zum alten Tarif. Die SBB erklärt das so:

Das Horu schnee- und gletscherfrei

Wie lange dauert die Ewigkeit? In der Schule lernten wir: Eine Meise wetzt alle tausend Jahre ihren Schnabel am Matterhorn. Wenn das Matterhorn weg ist, sei noch keine Sekunde der Ewigkeit verschwunden. Solange dauere die Verdammnis in der Hölle. Dieses Foto stammt vom 24. Juli 2022. Das Matterhorn ist so schnee- und gletscherfrei wie seit Menschengedenken noch nie. Der Klimawandel bedroht den Berg der Berge. Das macht SVP-Nationalrat Michael Graber keine Sorgen. Er leugnet, was niemand übersehen kann: Die Gletscher sterben. Die SAC-Hütten leider unter Wassermot. Genau wie die 14 französischen Atomkraftwerke zwischen Genf und Marseille.



Die Juli-Hitze 2022 führte – wie unser Bild beweist – bei schönstem Wetter zu verdammt viel Gletscherwasser.

Und dies obwohl die Pumpen im «Zmutt» den Stollen Richtung Grande Dixence füllten. Ein Staudamm im Gornerli könnte – richtig bewirtschaftet – 150 Millionen Kubik Hochwasser zurückhalten. Und mit diesem könnte man im Winter 650 Millionen Kilowattstunden Oberwalliser Strom produzieren.

Noch nicht begonnen hat die Diskussion, ob man diesen künstlichen See im Winter nicht wie den See von St. Moritz auch touristisch nutzen könnte, bevor man dessen Wasser im Frühling turbinieren. Schöne Aussichten für die Reichen und Schönen: Endlich Pferderennen am Fusse des Matterhorns! ■



- Auf der erwähnten Strecke zwischen Bern und Brig wurden beispielsweise 2007 mit der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels die bestehenden Tarifkilometer via Kandersteg – Goppenstein beibehalten. Es wurde eine Wahlstrecke zwischen Frutigen und Brig/Visp gebildet,

damit die Kundinnen weiterhin über beide Wege ins Wallis fahren konnten. Die Kundinnen erwarteten mit der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels und der damit kürzer werdenden Strecke auch keine Preissenkung, konnten sie doch von einer massiven Qualitätsverbesserung und Reisezeitverkürzung profitieren. Streckenvergleiche auf dem ÖV-Netz sind somit nur bedingt möglich.

Stellt sich die Frage, ob die Bahnkunden überall auf Neubaustrecken den Zeit- und Qualitätsgewinn mit höheren Billettpreisen berapen. Oder wir am Lötschberg wie eh und je beim Autoverlad abgezockt werden. ■

Strecken	Reisezeiten in Minuten		Strecken-Kilometer	Tarif in sFR mit Halbtax-Abo
	Kurz	Lang		
Zürich - Bern	62	97	96	51.00
Zürich - Chur	77	99	119	41.00
Bern - Visp	63		80	53.00
Bern - Brig	77	114	104	53.00
Bern - Lausanne	77	83	97	34.00
Bern - Basel	68	99	97	41.00
Zürich - Bellinzona	97	99	137	59.00



Christophe Darbellay rechnet den Flugplatz Sitten mit falschen Zahlen rentabel

Ausgerechnet der in diesem Fall unverdächtige «Nouvelliste» hat in

der Ausgabe vom 8. Juli 2022 den Walliser Wirtschaftsminister Christophe Darbellay als Zahlenfälscher entlarvt. Der Staatsrat hatte vor den Medien und im Grossen Rat die Übernahme des Flugbetriebs 2023 mit der Behauptung gerechtfertigt, der wirtschaftliche Nutzen für den Kanton betrage jährlich 80 Millionen Franken. Dreimal Zahlen-Pech für Darbellay:

- Erstens stammt diese Zahl aus dem Jahr 2005.
- Zweitens beruht sie auf einer überholten Diplomarbeit eines Studenten der Fachhochschule HES.

Verkehr verursacht jährlich externe Kosten von 14 Milliarden Franken

Das Bundesamt für Raumentwicklung hat die externen Kosten berechnet, welche die Mobilität der Bevölkerung verursacht. Die meisten Schäden fallen bei der Umwelt, der Gesundheit und dem Klima an. Der Verkehr verantwortet aber auch Ernteauffälle von 233'000 Tonnen Lebensmittel.

Pro Kopf verursacht der Verkehr in der Schweiz durchschnittlich 1'600 Franken sogenannte externe Kosten. Gemeint sind damit jene Folgen der Mobilität, welche die

Allgemeinheit oder künftigen Generationen tragen müssen. Sie belaufen sich für 2019 auf insgesamt 14 Milliarden Franken. Die wichtigsten Fakten:

- 9,8 Milliarden Franken entfallen auf den motorisierten Privatverkehr auf der Strasse. Dieser ist für den grössten Teil der Schäden verantwortlich. Pro Autokilometer fallen rund 10 Rappen an externen Kosten an.
- Dahinter folgen als weitere Verursacher unter anderem der Flugverkehr, der Schienenverkehr und der Fuss- und Veloverkehr.

- Drittens stammen die Zahlen aus einer Zeit, als der Flugplatz Sitten noch weitgehend von der Armee betrieben wurde.

Trotzdem träumt Darbellay von 150'000 Flugpassagieren in 15 Jahren in Sitten.

Der Luftfahrtexperte Hansjörg Egger bezeichnete diesen Plan im vergangenen Mai im «Blick» als «frommen Wunsch». Er ist der Ansicht, dass Sitten nicht das Potenzial hat, sich «in ein bedeutendes Handelszentrum» zu verwandeln,

und dass das Angebot der nationalen Flughäfen (Genf, Zürich, Basel) zu attraktiv ist, um einen ausreichenden Marktanteil zu hinterlassen.

Kommentar des Nouvelliste: *«In Sion hat es bisher noch kein ausländischer Reiseveranstalter geschafft, sich dauerhaft niederzulassen. Um 150'000 Passagiere zu erreichen, müsste das aktuelle touristische Manna mit zehn multipliziert werden (11'832). Der Raum für Verbesserungen ist daher kolossal. Zu kolossal?»* ■

- Die Schäden betreffen ganz unterschiedliche Bereiche. Die Klima- und Umweltschäden summieren sich auf 6 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folgen für den Klimawandel sind der grösste Posten und werden auf knapp 2,9 Milliarden Franken beziffert. Der Lebensraumverlust für Tiere und Pflanzen sowie die gekappte Vernetzung führen zu Schäden von 1,2 Milliarden Franken – eine Wahnsinnssumme.
- Überraschend sind die hohen Kosten bei der Landwirtschaft. Jährlich verursacht der Verkehr Ernteauf-

fälle von 94'000 Tonnen Getreide und 139'000 Tonnen Gemüse und Früchte. Konkret heisst dies, dass ohne die externen Schäden des Verkehrs in der Schweiz 10 Prozent mehr Getreide geerntet werden könnte.

Ein weiterer Kostenpunkt ist bei der Gesundheit anzusetzen. 39'300 Asthma-Tage fallen bei Kindern wegen der Luftverschmutzung zusätzlich an. Krankheiten, etwa Herz-Kreislauf- oder Atemwegserkrankungen, haben 17'500 verlorene Lebensjahre zur Folge. ■

Alpeninitiative fordert: der Güterverkehr soll bis 2035 klimaneutral werden

Der Güterverkehr auf der Strasse wird fast ausschliesslich fossil angetrieben. Die Alpen-Initiative hat einen konkreten Plan, den gesamten Güterverkehr bis 2035 klimaneutral zu machen. Dazu müssen wir auch die Bahn stärken. Das ist dringend nötig, denn die Perspektiven des Bundes verheissen nichts Gutes. Er geht beim Güterverkehr von einem Wachstum bis 2050 um über 31% gegenüber 2017 aus. Ohne griffige Massnahmen wird der Güterverkehr Klima und Umwelt noch stärker belasten. Für das Alpenland Schweiz ist das verheerend, denn die Bergregionen sind vom Klimawandel besonders stark betroffen.

Die Alpen-Initiative will das ambitionöse Ziel bis 2035 in drei Phasen unter anderem mit folgenden Massnahmen erreichen:

- Ein verbindliches Verlagerungsziel beim **Schiengüterverkehr**. Der Bund führt ein Fördermodell für den Schiengüterverkehr in der Fläche ein und unterstützt finanziell Innovationen im Schiengüterverkehr wie die digitale automatische Kupplung.
- Der **Strassengüterverkehr** muss sowohl ohne den fossilen Diesel auskommen als auch vermindert werden. Dazu soll die Schweiz für Lastwagen CO²-Neuwagenflottenziele für 2025 und 2030 einführen, wie dies in der EU schon der Fall ist.
- Ab 2035 sollen in der Schweiz keine neuen fossilbetriebenen Lastwagen mehr in den Verkehr gebracht werden. Ab 2035 werden für den Güterverkehr auf der Strasse zudem keine fossilen Treibstoffe mehr verwendet.

- Die konventionellen Last- und Lieferwagen, welche noch betrieben werden dürfen, können nur noch

mit klimaneutral hergestellten synthetischen Treibstoffen betankt werden. ■

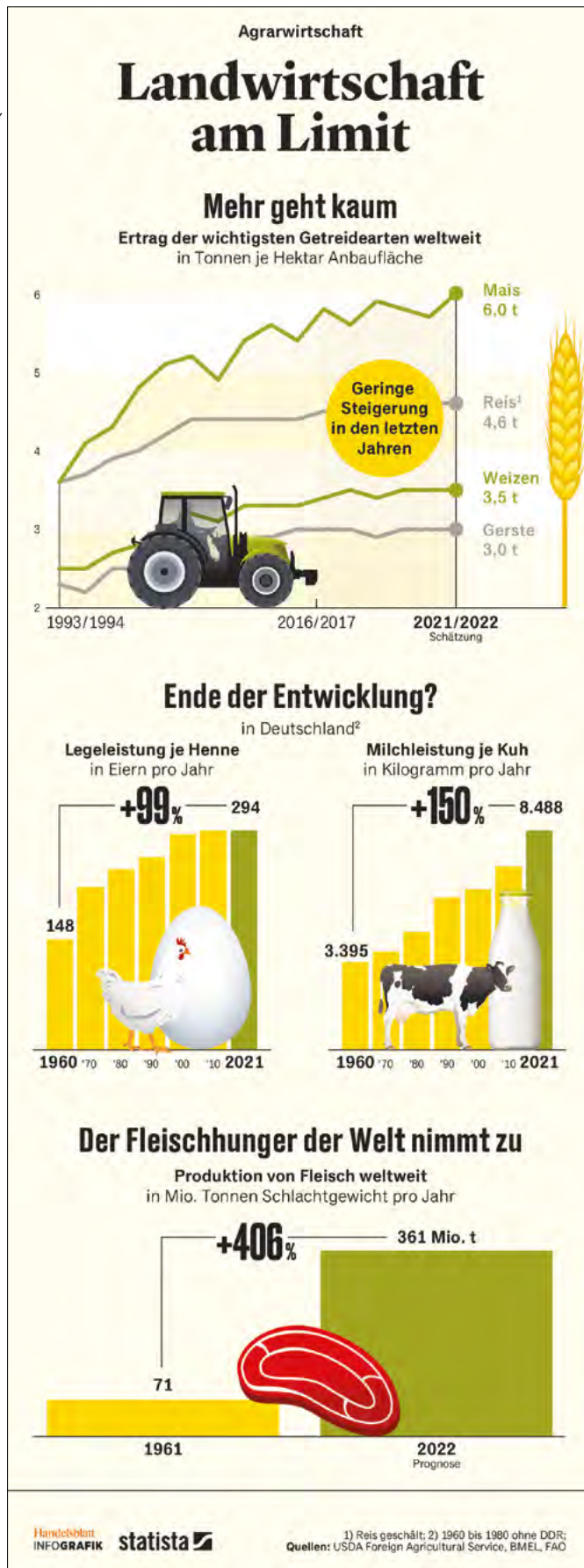


Mehr Infos unter: <https://www.alpeninitiative.ch/echo-173-2/>

Zu viel Milch und Fleisch, zu wenig Getreide verschärfen die Hungerkrise

Das deutsche Handelsblatt dokumentierte kürzlich anschaulich, wie es um die weltweite Nahrungsmittelversorgung steht. Die wichtige Getreideproduktion stagniert seit Jahren, stattdessen nahmen die Milchleistungen der Kühe um 150 % und die Legeleistungen der Hennen um 99 % zu. Besonders gravierend: Die Produktion von Fleisch stieg seit 1961 um 406 % auf 361 Millionen Tonnen jährlich.

Quelle: Handelsblatt



«Staatsmann» Infantino gibt die Witzfigur

Der Briger FIFA-Präsident Gianni Infantino mit Wohnsitz im Wüstenstaat Katar macht sich weltweit in allen Medien immer mehr zum Gespött. Am G20-Gipfel auf Bali wollte er den grossen Staatsmann spielen und schlug einen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg während der Fussball-WM vor. Dafür ertotete er rund um den Globus nur Spott und Hohn. Ein Rohrkrepiierer. Schon vorher wurde er in den sozialen Medien zur Witzfigur. Im Vorfeld der WM-Gruppenauslosung verteidigte er die krassen Verletzungen der Menschen- und Arbeitnehmerrech-

te im WM-Gastgeberland unter anderem mit der beschönigenden Aussage: «Natürlich ist es kein Paradies. Natürlich ist es nicht perfekt. Natürlich gibt es noch viel zu tun, aber da müssen wir dranbleiben.» Lustig über Infantino machte sich auf ARD auch Leo Marchetti, dreifacher Grimme-Preisträger und bedeutendster Verwandlungskünstler. Titel der neuesten Persiflage: «Infantinos Friseur - Leo Marchetti und die FIFA-Milliarden.» Wer den Beitrag anschauen kann, der Link dazu: <https://bit.ly/3hNOK55>

Börsen-Staubsauger der Axpo sacken Millionen ein

Laut Bericht des Wirtschaftsjournalisten Lukas Hässig auf der Online-Plattform Inside Paradeplatz führt der Strom-Gigant Axpo in Schieflage unter dem Codename «Dyson» ein Schatten-Handelsbuch für illiquide Positionen. Trader erhalten 6 % Bonus auf Position.

Inside Paradeplatz schreibt dazu: *Die Axpo hat zwei Gesichter: eines als staatsrelevante Strom-Grundversorgerin, ein zweites als Crazy-Traderin.*

Der Bundesrat musste die Axpo mit einer Blanko-Garantie über 4 Milliarden des Steuerzahlers vor dem Kollaps retten.

Auf den Tag 14 Jahre nach dem Aus von Lehman Brothers, der Gamblerin von Wall Street, tauchen jetzt andere Brüder aus dem Dunkeln von Global Casino auf: jene der Axpo. Die Spitze des Too Big To Fail-Stromkonzerns unter CEO Christoph Brand und VR-Präsident Thomas Sieber liess ihren Tradern in der Axpo Solutions, wie der Handelsbereich heisst, lange Leine. Laut einem Insider wird dort im grossen Stil gegambelt -

mit dem Ziel, den eigenen Bonus zu maximieren.

Die Trader würden auf den Gewinn des eigenen «Buchs», sprich mit Wetten an der Börse in Leipzig sowie bilateralen Deals, einen jährlichen Bonus von 6 Prozent erhalten. Obendrauf kämen weitere 2 Prozent für jene, die zusätzlich zur eigenen Handelsposition noch ein Team leiten würden. Vom so errechneten Brutto-Bonus würden die Kosten - Energie, Personal, Vertrieb - von fix einer guten halben Million Franken abgezogen. Resultiere sodann ein zu hoher Bonus, würden beispielsweise alle Beträge über drei Viertel Millionen auf die nächsten Jahre verteilt.

Mit diesem Bonus-System kämen bei der Axpo «mindestens» 15 Trader auf eine Million im Jahr oder mehr. Gehandelt würde in der Axpo Solutions längst nicht mehr nur Strom. Auch Kohle, Treibstoffe und Flüssigerdgas (LNG) zählten zu den Rohstoffen, die in Milliardenhöhe hin und her getradet würden.



Der Verwaltungsrat der Axpo: 8 Männer, 1 Frau, 0 Kontrolle.

Tipps: Die besten Videos für uns alle

Lässt das Astra Franz Ruppen und Martin Hutter eiskalt fallen?

Noch hat niemand die Geschichte der Autobahn im Oberwallis geschrieben. Unsere angehenden Historiker und deren Professoren wollen sich diesem Thema nicht widmen. Obwohl am Ende die Strecke zwischen Siders und Gondo mehr als sechs Milliarden Franken verschlungen haben wird.



neten Paul Schmidhalter im Spital von Siders besuchten, bäumte dieser sich noch einmal auf. Der einstige Nationalratspräsident verstarb 2006 verbittert und von seiner Partei allein gelassen. Man will sich nicht an ihn erinnern. Das ist nach diesem Fernsehbeitrag, den sich alle an Walliser Geschichte Interessierten anschauen sollten, nicht mehr möglich. Die Rote Anneliese wird zur Eröffnung des

Einst sollte die Autobahn am rechten Rhoneufer die Dörfer zerstören. Dies mit riesigen Brückenviadukten. Dank Professor Bovy selig und vorab dank seinen Mitarbeitern setzte sich jedoch die OGUV schrittweise durch.

Das welsche Fernsehen hat in der Sendung «Temps présent» einen 50-minütigen Film ausgestrahlt, der sich leider nicht mir dieser Vorgeschichte befasst. Es geht um all die Skandale, die seit 2000 den Bau der Autobahn begleiteten. Es sind Skandale, die in der Berichterstattung der lokalen Medien in den letzten Monaten und Jahren gar nicht vorkamen.

So wird den Leserinnen und Lesern des Walliser Boten systematisch verschwiegen, dass Paul Schmidhalter sowohl gegen den Tunnel in Turmann als auch gegen den Riedberg-Tunnel gekämpft hat. Leider erfolglos. Jean-Jacques Rey-Bellet und Moritz Leuenberger entsorgten seine Eingaben im Papierkorb. Dem Büro, dessen Partner Paul Schmidhalter war, wurde mit dem Entzug der Mandate gedroht, falls man ihn nicht fallen liesse. Was denn auch geschah. Kurz: Jean-Jacques Rey-Bellet und Moritz Leuenberger trieben Paul Schmidhalter, der mit seiner Kritik Recht hatte, in die Isolation.

Die Autobahnkommission der Herren Jean-Michel Cina und Thomas Burgener kam gar nie zusammen. Die eigene Partei stellte Ciccio kalt. Als Art Furrer und Peter Bodenmann den vom Krebs tod gezeich-

Riedberg-Tunnels eine Bronze-Tafel sponsern, falls Franz Ruppen dies zulässt. Wir bleiben dran.

Nach 1999 hatten alle im Staatsrat Angst vor Rey-Bellet. Jetzt hat Rey-Bellet Angst vor den Fragen der welschen TV-Reporter. Er gab ihnen kein Interview, sondern antwortete nur per SMS. Die Feigheit vor der Wahrheit macht den Charakter sichtbar.

Doris Schmidhalter-Näfen redet Klartext

Der nächste grosse Skandal steht - wie Doris Schmidhalter-Näfen in der gleichen Sendung ausführte - mit der Unterquerung des Illgrabens ins Haus. Drückt Bern - wie in der Ära Leuenberger - wieder alle Augen zu? Dürfen Franz Ruppen und Martin Hutter uns in das nächste teure Abenteuer stürzen? Es scheint, dass das Bundesamt für Strassenbau Astra in Bern unter dem Druck des welschen Fernsehens endlich kalte Füsse bekommt.

Der interne Astra-Revisor Claude Page nimmt denn in der Sendung klar Stellung gegen Franz Ruppen und Martin Hutter. Page fordert einen Direktor für den Bau dieses Streckenabschnitts. Und seriöse geologische Untersuchungen. Inzwischen wurde Hutter zum Rücktritt gezwungen.

<https://bit.ly/3LUptJs>

«Opération Béton»: Godard und die Grande Dixence

Nur wenige Tage nach Alain Tanner ist am 13. September der französisch-schweizerische Filmregisseur Jean-Luc Godard gestorben. Der aus einem grossbürgerlichen Haushalt stammende Ethnologe verdiente sein erstes Geld als Telefonist beim Bau des Staudammes der Grande Dixence. Und produzierte 1954 dazu sein erstes Werk, einen Dokumentarfilm von 16 Minuten. Titel: «Opération Béton». Godard dokumentiert Arbeiter und Arbeiten beim Staumauer-Bau. Geradezu hymnisch vergleicht er die Grande Dixence, die damals höchste und höchstgelegene Staumauer Europas, mit dem Eiffelturm: Beide sind 300 Meter hoch, beide gelten als Spitzenleistungen der Ingenieurskunst. So

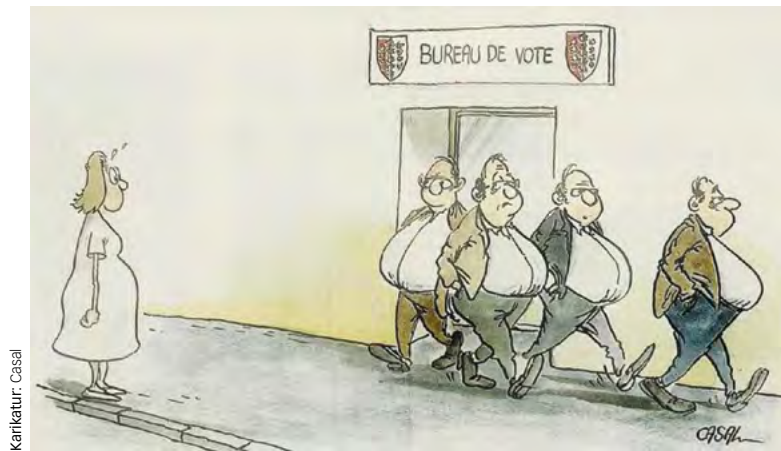


elegant wie das Pariser Bauwerk in die Höhe schiesst, so schwungvoll zieht sich der Staudamm durch die Walliser Landschaft.

Jedenfalls, so berichtet es die NZZ, habe Godard die «Opération Béton» so stimmungsvoll in Szene gesetzt, dass die damalige Betreiberfirma der Grande Dixence ihrem Telefonisten den Kurzfilm abkaufte

und diesem so den Start zu einer grossen Karriere als Filmer ermöglichte. Der Kurzfilm von Godard ist auf YouTube frei zugänglich. Als Ergänzung dazu lohnt es sich, den «Gesang von der Grande Dixence» von Maurice Chappaz zu lesen. Auch er hat auf der Baustelle gearbeitet, als Hilfsgeometer. <https://bit.ly/3S2oGH2>

Männer Stüblis



Die Rechten im Oberwallis wollen die Fristenlösung wieder abschaffen.

Der Karikaturist Henri Casal geht in Pension – schade!

Der Karikaturist Henri Casal hat während fast 40 Jahren mit spitzer Feder die Walliser Politik kommentiert. Jetzt geht er in Pension. Schade. 2012 stimmten die Walliserinnen und Walliser über die Fristenlösung ab. Das welsche Wallis sagte Ja. Das Oberwallis sagte klar Nein. Schande. Heute würde auch das Oberwallis klar Ja sagen. In zehn Jahren hat sich unsere Gesellschaft – zumindest was die Frauenfrage betrifft – stark verändert. Und alle Befürchtungen sind nicht eingetroffen. Die Zahl der Abtreibungen ist nicht angestiegen. Romano Amacker ist Präsident der Oberwalliser SVP. Er gehört zu jenen, die mit einer Volksinitiative die bewährte und gute Fristenlösung in Frage stellen wollen. Die Alten sind tot. Und die Jungen sind alt. Leider.

Unsere unfähigen Sofa-Millionäre und der unnötige Preishammer

Die EnBAG sitzt auf einem während langer Zeit versteckten Vermögen von 100 Millionen Franken. Die unfähigen Verwaltungsräte kassieren jedes Jahr 200'000 Franken. Und verjubeln das Geld unter anderem mit dem Bau eines viel zu teuren Energie-Netzes.



Quelle: EnBAG

Vor über zwei Jahren – die GV fand ohne Aktionäre statt – forderte Peter Bodenmann den Verwaltungsrat auf, endlich in Solaranlagen zu investieren: «Die EnBAG hat zu viel Sommerstrom und zu wenig Winterstrom. Mit bifazialen Solarzellen kann man im Winter in Höhen von 2'000 Meter über Meer pro installiertes Kilowatt 1'000 Kilowattstunden Winterstrom produzieren. Warum investiert der Verwaltungsrat in Projekte, die nichts für die regionale Versorgungssicherheit bringen?»

Die oberchnoddrige Antwort von Renato Kronig: «Uns sind keine Projekte bekannt, die nichts für die regionale Versorgungssicherheit brin-



Verweigerte Verantwortung – unglaublich, aber wahr

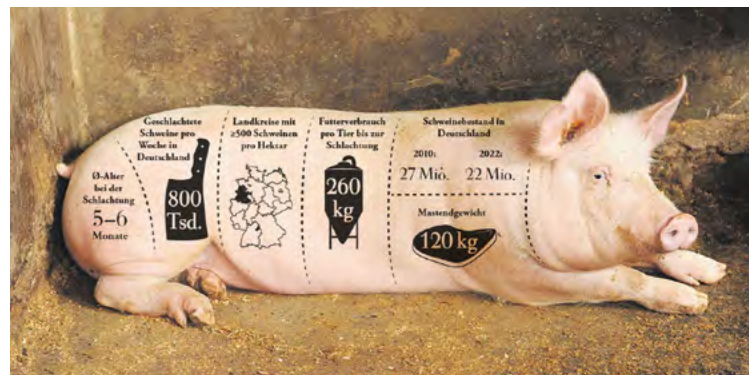
Zur Vorgeschichte: Ein Geistlicher aus den Reihen der Augustiner Chorherren vom Grossen Sankt-Bernhard hat in den 80er-Jahren einen zwölfjährigen Schüler sexuell missbraucht. Als sich das Opfer bei den kirchlichen Verantwortlichen meldet, zeigt er sich geständig, die Untat ist jedoch verjährt. Wie der Propst des Grossen Sankt Bernhard und der Sittener Bischof im Frühjahr erklärt haben, nimmt der Täter keinerlei kirchliche Funktionen mehr im Bistum wahr.

Doch dann taucht dieser Anfang September an einem öffentlichen Gottesdienst im Unterwallis auf – als konzelebrierender Priester. Der Liturgie, einer Priesterweihe, steht der Bischof höchstpersönlich vor. Er unternimmt nichts. Jene Anwesenden, die den Priester kennen, sind empört.

Als der Skandal in den Medien verhandelt wird, bedauert der Bischof den Vorfall und entschuldigt sich. Gleichzeitig gibt er einmal mehr zu verstehen, er habe in der Angelegenheit keine Entscheidungskompetenz. Da seien die Augustiner Chorherren zuständig, nicht das Bistum. Der Bischof verhält sich wie ein klassischer Drückeberger. Ihm ist vom Kirchenrecht sehr viel mehr Kompetenz gegeben, als er behauptet. Machen Sie sich nicht zum Narren, nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, Bischof Lovey!

gen. Die sichere und preiswerte Versorgung der Haushalte und Betriebe ist in unserem Leitbild festgehalten. Die EnBAG ist dabei in das schweizerische Stromversorgungssystem eingebunden. Ein Ausbau von bifazialen Photovoltaik-Anlagen im grossen Stil dürfte erst nach einer nationalen Interessensabwägung der involvierten Parteien namentlich dem Landschaftsschutz und der Energieversorgung erfolgen. Gerne weisen wir Sie darauf hin, dass die EnBAG bereits im 2016/2017 einen Test mit bifazialen Photovoltaikmodulen durchgeführt hat und entsprechende Erfahrungen zum Potenzial und der Interessenskonflikte (Landschaftsschutz Schweiz) gemacht hat.»

Nicht genug: Die Verwaltungsräte liessen ihre Hände in den Hosensäcken. Sie weigerten sich, die GV per Zoom abzuhalten. Und jetzt kommt der erste grosse und nachweislich unnötige Preishammer. 2023 und 2024 werden weitere folgen.



Alter bei der Schlachtung: 5 bis 6 Monate. **Geschlachtete Schweine in der Schweiz pro Woche:** 30'000. **Futtermittelverbrauch pro Schwein bis zur Schlachtung:** 230 Kilo. **Tendenz steigend.** **Schweinebestand Schweiz:** 1,37 Millionen Schweine. **Der brutale Schweinezyklus.**

Sind Männer Schweine?

Die Poprock-Band «Die Ärzte» sang 1998 folgende Liedzeilen: *Männer sind Schweine. Traue ihnen nicht, mein Kind. Sie wollen alle nur das eine. Für wahre Liebe sind sie blind.* Ob man heute noch so etwas singen dürfte?

Soll der Tierschutz für Schweine in der Schweiz verbessert werden, weil heute 50 Prozent der Schweine auf kalten Betonböden vor sich hinvegetieren müssen? Die Tierschutz-Initiative gibt den Bäuerinnen und Bauern unheimlich viel Zeit, um auf tiergerechtere Haltung umzustellen.

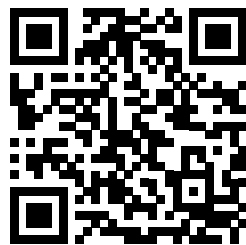
Im Oberwallis gibt es nur mehr einen namhaften Schweinezüchter. In der Schweiz zurzeit viel zu viele. Die Produktion der Schweine folgt dem

berühmten Schweinezyklus. Wenn die Preise pro Kilogramm Schlachtgewicht hoch sind, beginnen alle Züchter ihre Bestände hochzufahren. In der Folge sinken die Preise, weil es auf dem Markt ein Überangebot gibt. Das ist – wie diese Grafik der Zeitung «Schweizer Bauer» belegt – heute der Fall.



Die Preise sind im Keller, obwohl das Futter und die Energie ständig teurer werden. Der «Schweizer Bauer» beklagt sich: *Die Angebote sind zu gross und übersteigen das Absatzpotenzial. Die Folge davon sind Rückstaus. Daraus resultieren zu schwere Schweine, und die Situation verschlechtert sich weiter.*

Mal ehrlich: Unser Titel ist reisserisch. Aber etwas gelernt haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, vielleicht trotzdem. Nicht alle Männer sind Schweine, aber fast alle Schweine sind Waren.



Hat die Zeitung oder ein Beitrag ganz besonders gefallen? Jetzt einfach spenden mit TWINT. Jeder Franken zählt!

ROTE ANNELIESE RA-Abo

Die RA abonnieren

Name/Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 E-Mail _____
 Telefon _____

Talon bitte ausschneiden und einsenden an: **Verein Rote Anneliese Postfach 441, 3900 Brig-Glis** oder per E-Mail an: **rote.anneliese@rhone.ch**
www.roteanneliese.ch



- Ich bestelle ein **RA-Abo** ab Fr. 50.–
- Ich bestelle ein **Online-RA-Abo** ab Fr. 40.–
- Ich bestelle ein **RA-Unterstützungs-Abo** ab mindestens Fr. 100.–
- Ich bestelle ein **RA-Mitglieder-Abo** ab mindestens Fr. 200.– und beantrage damit, Mitglied des Vereins Rote Anneliese zu werden.



direkt zum Abo ROTE ANNELIESE

Graber gegen Grichting

Turtmänner Metzgete

Turtmann | Klimaleugner Michael Graber greift WKB-Abzocker Pierre-Alain Grichting an. Der SVPLer will verhindern, dass der FDPLer als Nationalrat kandidiert. Ein Blick auf die Turtmänner Metzgete.

Während Jahren hat die Linke immer wieder die allzu hohen Löhne der Manager und die überrissenen Honorare der Verwaltungsräte der Walliser Kantonalbank (WKB) angegriffen. Die Vorstösse von German Eyer und Co. im Grossen Rat waren der Presse bestenfalls eine Randnotiz wert.

In der Lokalredaktion des Walliser Boten sitzt der recherchierfaule Natischer Thomas Jossen. Der bekennende SVP-Fan griff in der Ausgabe vom 5. November den WKB-Präsidenten Pierre-Alain Grichting wegen dessen unverschämten Honorar frontal an. Bei der Attacke sekundierte SVPO-Präsident Romano Amacker, der im Büro von Michael Graber arbeitet.

Im WB stand nur die halbe Wahrheit

Keine Frage: Die Jahresbezüge des WKB-Präsidenten in der Höhe von 353'000 Franken sind jenseits von Gut und Böse. Ebenso die Bezüge der übrigen Verwaltungsratsmitglieder, die sich zwischen 140'000 und 100'000 Franken bewegen. Die Zahlen sind im WKB-Jahresbericht 2021 ausgewiesen auf Seite 134 > <https://bit.ly/3AEaf54>

Warum wurden im WB nicht alle Honorare und Saläre der WKB-Verantwortlichen offengelegt? Auch jene der Alibi-SVP-Verwaltungsrätin Géraldine Granges Guenot, die nun wirklich rein gar nichts bringt.

Statt alle Bezüge offenzulegen, publizierte Jossen kurz darauf seitenweise faktenfreie Lobeshymnen über Franz Ruppen, der in Naters alles vergeigt hatte: Pleite World Nature Forum, Pleite Belalp Bahnen, Pleite Reka-Dorf. Präsidentschaft weg.

Nervöser Graber wackelt gewaltig

Der Nationalratssitz von Michael Graber wackelt gewaltig. Der SVP droht im Wallis ein Sitzverlust. Dies, nachdem sie die Präsidenten in Visp und Brig verloren und in St. Niklaus den eigenen «Biffiger tiffiger» abgeschossen hat. Dazu kommt: Franz Ruppen bewirkt in Sitten wenig. Er lässt seine überforderten Chefbeamten wursteln. Der



Oberwalliser Staatsratssitz schadet der SVP so, wie er zuvor der SP geschadet hat. Alle, die in Stalden und Bitsch unnötig im Stau stecken, wissen, wem sie dies zu verdanken haben.

Alle jene, die rechnen können, wissen inzwischen, worum es geht: Wenn die FDP eine Stimme mehr macht als die SVP, wandert der Sitz zu den Freisinnigen. Und wenn der Turtmänner Pierre-Alain Grichting auf die Einheitsliste der Freisinnigen geht, steht Michael Graber, der andere Turtmänner, mit abgesägten Hosen da. Dies,

weil die SVP zwei Listen aufstellt und weil es im Unterwallis dreimal mehr Wahlberechtigte gibt. Wenn es nur einen Sitz gibt, ist dies ein Unterwalliser SVP-Sitz.

In der Politik ist ein neuer Volkssport namens «Renovate Switzerland» zu beobachten. Man klebt sich irgendwo fest. Und lässt sich nur unter Protest von irgendwem wegtragen.

Graber will Grichting einschüchtern. Er geht davon aus, dass der gelernte Metzger und steinreiche Freund aller Schwingerinnen und Schwinger so funktioniert wie alle schwarzen und gelben Politiker. Sie kleben an ihren Pfründen.

Grichting riskiert Gesicht und Gewicht

Pierre-Alain Grichting hat offenbar vor seiner Wahl zum WKB-Präsidenten der CVP versprochen, dass er nicht parallel dazu Politik macht. Motto: *Gäh und näh*. Für den wilden Mann in Baltschieder galt: *Fitlu und Gäld regierunt d'Wält*.

Michael Graber will mit seiner Truppe Grichting an dieses Versprechen erinnern. Turtmänner sind Stiergrinde. Turtmänner Metzger erst recht. Sie sind fast so kampffreudig wie einst die Metzger aus Törbel.

Wenn Grichting sich von ferngesteuerten SVP-Bubis einschüchtern lässt, verliert er Gesicht und Gewicht. Wenn er antritt, wird der nach Roberto Schmidt zweitgrösste Kontakter östlich der Raspi das Rennen machen. Ob er in Bern mehr bewegen wird als Michael Graber, ist offen. Aber auch kein Kunststück. Wir bleiben dran. ■

Der heitere
Schlusspunkt:

Schwinghalle «Turtmann» ...

